Saar-Freund

Nachrichten aus dem abgetrennten Saar- und Pfalzgebiet

Mitteilungsblatt des Bundes der Saar-Vereine

Nummer 6 . 7. Jahrgang — Berlin, 15. März 1926

HOOVER

Betrogen?

Als wir unsere letzte Nummer des „Saar-Freund" abschlossen und in die Welt gehen ließen, gaben wir in unsern Betrachtungen über die bevorstehende entscheidungsreiche Völkerbundstagung unserer Auffassung dahin Ausdruck, daß wir trotz starken Mißtrauens, das wir dem Völkerbund gegenüber als Sachverwalter des Saargebiets bisher hegten und hegen mußten, dennoch nunmehr die schwache Hoffnung hätten, daß die Ententemächte sich nunmehr bemühen würden, den in Genf so laut verkündeten neuen Geist auch Deutschland, auch dem Saargebiet gegenüber zur Anwendung zu bringen. Wir haben uns nicht freihalten können von gewissen Zweifeln, ob tatsächlich die Geistesbildung auf der andern Seite schon so weit Fortschritte gemacht hätte, daß man nunmehr mit einer Aenderung der Methoden rechnen und auf die Anwendung von Rechtsbegriffen im besten Sinne auch für das Saargebiet zählen könnte. Wir ahnten nicht, daß unsere Zweifel soweit berechtigt waren, wie es sich nun erweist. Wir glaubten nicht, daß der Völkerbund trotz Locarno noch das Instrument tentistischer Intrigen bleiben würde.

Was aber die Welt vom 7. März bis zum Ausgang dieser Woche über das Intrigenspiel in Genf erlebte, das läßt berechtigte Zweifel aufkommen, ob man auf seiten der französischen Mächtegruppe, auf seiten der Versailler Diktatoren tatsächlich den Willen hat, mit Deutschland wieder zu normalen Beziehungen, in Europa zu wirklichem Friedensstreben zu kommen. Deutschland ist, das ist — das muß gesagt werden —, bis an die Grenze des Entgegenkommens gegangen, die Ehre und Würde des deutschen Volkes zulassen. Es ist ein frevelndes Spiel in Genf getrieben worden, das nur das eine gute erzeugte, daß man nun weiß, welche Kräfte noch heute in der französischen Mächtegruppe am Werke sind, durch die Deutschland abermals in Locarno betrogen wurde. Im Glauben auf die Ehrlichkeit und auf den Friedenswillen der andern hat Deutschland sich in Locarno für einen Pakt entschieden und diesen in London unterzeichnet, hat seine parlamentarische Vertretung die Ratifizierung dieses Vertragswerkes beschlossen, um in Genf darüber aufgeklärt zu werden, daß man in Locarno trotz aller schönen Reden auf seiten Frankreichs, Englands, Polens und der Tschechoslowakei ein Geheimabkommen beschloß, das nicht dem Völkerbund unterbreitet worden ist. Durch die Veröffentlichungen der „New York World" hat die Welt erfahren, daß dieses französisch-englisch-polnische Geheimabkommen Polen zu gleicher Zeit mit Deutschland einen ständigen Ratssitz zusicherte, daß England und Frankreich sich verpflichtet haben, neben Polen auch noch der Kleinen Entente über den jetzigen Rahmen der Ratsmitglieder hinaus einen Sitz im Völkerbundsrat zu gewähren.

Als am 5. März d. J. die deutsche Delegation die Reise nach Genf antrat, um nach formgerechter Anmeldung Deutschlands zum Völkerbund die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund vollziehen zu lassen, da ahnte niemand, daß die deutsche Delegation und das deutsche Volk fast 14 Tage lang entwürdigenden Verhandlungen beiwohnen müßte, die nur darauf hinausliefen, Deutschlands Rechte und Deutschlands Einflußmöglichkeiten im Völkerbund und im Völkerbundsrat zu beschneiden. Aus der Tagespresse kennt man die skandalösen Vorgänge, die sich in Genf zugetragen haben, und die damit endeten, daß man eine Komödie inszenierte, die Polen, trotzdem selbst der belgische Außenminister anerkennen mußte, daß 75 Prozent der gesamten Weltmeinung Deutschlands Standpunkt vertrat, mit Deutschland in den Völkerbundsrat hineinmarschieren läßt. Die deutsche Delegation hat sich gegen diese Regelung, die nach 10tägigem widerlichem Kampf in Genf zustande gekommen ist, formell nicht mehr wehren können, wollte sie nicht erreichen, daß, wiederum nach Vandervelde, sich 9/10 der Weltmeinung gegen Deutschland stellen würde.

Das war das Vorspiel, das es unter anderm auch verhinderte, daß wir heute schon in dieser Nummer auf die Neugestaltung der Regierungskommission für das Saargebiet eingehen können. Die verschiedenen Saarfragen, die dem Völkerbundsrat diesmal zur Entscheidung unterbreitet wurden, hat man wegen dieses üblen Intrigenspiels bisher in Genf nicht behandeln können. Eines zwar hatte die deutsche Delegation durchgesetzt, daß die Saarfragen nicht eher in Genf erledigt würden, bis Deutschlands Aufnahme in Bund und Rat beschlossen sei — auch diese Zusicherung wurde durch die Sprengung der Genfer Versammlung am 17. März zunichte. Wir hatten geglaubt, daß unter der erstmaligen Mitwirkung des deutschen Vertreters die Saarfragen nunmehr eine Lösung finden würden, die den Wünschen der Saargebietsbevölkerung und den Interessen Deutschlands mehr Rechnung trägt als bisher. Nach dem, was sich jetzt in Genf zutrug, müssen wir auch diese Hoffnung streichen. Es hat sich erwiesen, daß auch in Zukunft im Völkerbund nicht Staatenvertreter nach ideellen Völkerbundsprinzipien ihre Entscheidungen treffen, sondern daß wie bisher Mächtegruppen ihren Interessenkampf auf Kosten wahren Völkerbundsgedankens ausfechten werden. Deutschland wird sich wie bisher auch im Völkerbund jenen Mächtegruppen gegenübersehen, die uns als Entente mit ihrer ganzen deutschfeindlichen Einstellung seit dem Kriege gegenüber standen.

Und dennoch heißt es für das deutsche Volk: Arbeiten und nicht verzweifeln! Arbeiten an einer Neugestaltung der Welt im Sinne einer wahren Völkergemeinschaft, mit dem Ziele auf Befriedigung Europas, mit dem Streben nach Erlangung des Platzes für Deutschland, den es

Dieser Ausgabe liegt die Nr. 3, Jahrgang 2, der **„Saarheimatbilder"** bei.

im Rate der Völker einzunehmen berechtigt ist. Gerade was sich in den abgelaufenen 14 Tagen vor den Augen der staunenden Welt in Genf entwickelt hat, muß Deutschland zu Besonnenheit, zu zähem Willen, zur Selbstbehauptung anspornen. Wir müssen mit den neu zutage getretenen Tatsachen rechnen, und in kühler Erwägung unser Ziel fest ins Auge fassen, uns von übereilten Entschlüssen fernhalten, und durch makelloses Verhalten der Welt beweisen, daß sie nur an deutschem Wesen wieder genesen kann.

Für das Saargebiet gilt es unter diesen Umständen die Hoffnungen auf das Ergebnis der Saarverhandlungen nicht allzuhoch zu spannen. Möge die Lösung der Präsidentenfrage für das Saargebiet so oder so ausfallen, wir werden uns vor Augen halten müssen, daß diese Lösung nicht in aufrichtiger Verhandlung mit Deutschland zustande kommen wird, sondern auf Grund von Abreden, die insgeheim innerhalb der Ententemächte vor sich gegangen sind. Man spricht allgemein davon, daß der Kanadier Stephens Nachfolger Herrn Raults werden wird. Seien wir uns heute dessen bewußt, daß Herr Stephens eine Kompromißkandidatur der Ententemächte nicht aber das Vereinbarungsergebnis zwischen Deutschland und den übrigen Ratsmächten sein wird. Man spricht auch bereits davon, daß der Belgier Lambert, der ebenfalls seine Kandidatur für den Präsidentenposten, sogar mit der Drohung seines Rücktritts, anmeldete, seine Drohung nicht wahr macht und Saarregierungs-Mitglied bleibt. Es heißt weiter, daß der bisherige Generalsekretär der Regierungskommission, der Franzose Morize, künftiges französisches Mitglied der Regierungskommission werden soll. Daß Herr Vezenski durch eine andere neutralere Persönlichkeit ersetzt werden würde, davon verlautet auch nichts. Es würde also, nachdem, wie sich die Dinge nach der völlig verfahrenen Lage in Genf zur Zeit darstellen, eine Neugruppierung der Mächtegruppen, wie sie bisher in der Regierungskommission vorhanden war, nicht eintreten. Dem vielleicht neutral sein sollenden künftigen Saarpräsidenten Stephens und dem saarländischen Mitglied Koßmann würden auch in Zukunft drei französische bezw. francophile Mitglieder gegenüberstehen. Auch in Zukunft würde also der französische Einfluß in der Saarregierung überwiegen. Es kommt noch hinzu, daß die Ernennung des Herrn Morize zum französischen Mitglied der Regierungskommission die Gewähr dafür bietet, daß an der Zusammensetzung des Beamtenapparates der Regierungskommission eine Aenderung nicht vorgenommen wird, so daß auch in Zukunft die französischen Beamten mit ungefähr ⅔ des gesamten Beamtenapparates überwiegen werden.

Man soll sich gewiß vor Pessimismus hüten, aber ebenso erscheint es nach den jetzigen Vorgängen in Genf angebracht, sich auch von unangebrachtem Optimismus fern zu halten. Wir glauben nicht, daß die französische Politik im Saargebiet durch die Veränderung auf dem Präsidentenposten der Saarregierung eine Aenderung erfahren wird, glauben es um so weniger, als auch in Zukunft die französische Bergwerksdirektion die Wege vorschreiben wird, die die Saarregierung „zur Sicherung einer ungehinderten Ausbeute der Saargruben" zu gehen hat. Zu dieser Auffassung müssen wir kommen, angesichts des Völkerbundsskandals, wie er sich in den letzten 14 Tagen vor unsern Augen abspielte.

Sechs Jahre Franzosenherrschaft im Saargebiet.

(Von unserem Saarbrücker Mitarbeiter.)

„Vor Tische las man's anders!"
Schiller: „Wallenstein."

Die so oft kampfumtobte und stets kampferprobte Westmark des Reiches, die deutsche Grenzbastei, das Saargebiet, sah in ihrem Ringen um Gerechtigkeit und deutsche Freiheit in der aufgeflogenen Tagung des Völkerbundes den ersten Hoffnungsstrahl einer besseren Zeit. Der Präsident der sog. neutralen Regierungskommission des Landes, Rault, wird am 1. April sein übelverwaltetes Amt niederlegen, in dem er 6 Jahre nur zwei Ziele im Auge hatte, der endgültigen Annektion des Landes den Weg zu bereiten, die Unterdrückung des Deutschtums und seine Ausbeutung mit allen Mitteln des Unrechts zu betreiben. Ein endloser, bitterer Leidensweg liegt hinter dem 800 000 Seelen zählenden Land, das durch Kohlenschätze, Industrie, wie durch Naturschönheit gleich ausgezeichnet ist. Der schönste Schmuck des Saarreviers ist und bleibt aber das kerndeutsche Volk, das in der Abwehr landfremder Herrschergelüste in seiner, alle Parteien umfassenden Einigkeit dem deutschen Volke ein vorbildlich leuchtendes Beispiel gegeben hat. Charakterfest, hat es sich nicht gebeugt; oft genug Hieb mit Gegenhieb beantwortet und in kühnem Angriff sein Germanentum rücksichtslos verteidigt. Wurden auch hunderte durch die Gewalthaber rechtlos von Haus und Hof vertrieben, andere traten mutig an ihre Stelle und hinter ihnen ein Volk, entschlossen, keinem Machtspruch zu weichen.

Der Völkerbund beglückte das Land 1920 mit einer Treuhänderverwaltung, deren 5 Mitglieder mit einer Ausnahme völlig französisch eingestellt waren. An ihrer Spitze Victor Rault, seines Zeichens französischer Staatsrat und Chauvinist, der sich sofort die wichtigsten Verwaltungszweige zu sichern wußte: das Innere, die auswärtigen Fragen, Handel, Industrie, Oberbergamt und Zollwesen. Wohl sprach er in seiner Proklamation schönrednerisch von Freiheit, Ordnung, sogar von Volksvertrauen, aber er drohte sofort dem deutschen Lande „eitle oder gar verbrecherische Anschauungen unnachsichtlich zu unterdrücken". Wohin diese Floskel zielte, wurde sehr bald jedermann klar.

Von der ersten Stunde seines Auftretens bis zu seinem doch mehr unfreiwilligen Rücktritt blieb für den Präsidenten die unveränderliche Richtschnur ein fanatischer Haß gegen die Deutschen, bis in seiner Sünde Fülle das Maß überlief. Der Völkerbund sah jahrelang tatenlos dem sinnlosen Treiben zu.

„Vor Tische las man's anders!" Die Entschließung des Völkerbundsrates vom 13. Februar 1920 lautet: „Die Regierungs-Kommission des Saargebietes bietet gleichsam die Verkörperung der hohen Prinzipien, die die Gründung des Völkerbundes veranlaßt haben und die sein Werk der Begründung des Friedens und methodischer Ordnung leiten sollen. Der Völkerbundsrat will hierbei einen positiven Beweis für die praktische Anwendung der Rechte liefern, mit denen der Völkerbund ausgestattet ist. Und weiter Ziffer III der Instruktionen des Völkerbundsrates vom 13. Februar 1920 für die R.-K. des Saargebiets: „Den Bewohnern des Gebietes soll jeder materielle und moralische Schaden erspart und ihre Rechtslage verbessert werden."

Dies Wohlwollen war nur ein wirkungsvolles Aushängeschild, weiter nichts. Die Taten straften das Wort Lügen. Nur an dem Wall der Verteidiger scheiterten Raults Pläne. Das hart bedrängte Land atmet heute auf: Politisch nahen wohl bessere Tage, wirtschaftlich verläßt die französische Herrschaft das einst blühende Saarland als Trümmerfeld. Doch alles Elend tritt zurück in der Hoffnung auf die Rückkehr zum Vaterlande. Niemals wird das Saarvolk mit den Franzosen paktieren; wie die Väter, so werden die Enkel Frankreichs Ziel, den Besitz des Saarbeckens, zu vereiteln wissen. Die Welschen zeigten 1793, 1860, 1866 dasselbe Begehren, das Wilson nur mit Not und Mühe 1918 vereitelte. Was in Versailles mißglückte, sollte und wollte Rault durch ein Schreckensregiment erreichen. Alle maßgebenden Ressortposten besetzte er mit seinen, ihm treu ergebenden Landsleuten. Den Deutschen wurde die Einreiseerlaubnis verweigert, die einwandernden Franzosen dagegen mit Freuden aufgenommen und ihnen sogar kurzerhand unter dem seltsamen Titel „Saareinwohner" Bürgerrecht verliehen. Ein großer Spionage- und Spitzelapparat nahm das wurmstichige Gesindel auf, und es begann eine jahrelange brutale Hetze gegen das Deutschtum. Vor Lug und Betrug, wie ihnen in Genf öffentlich bestätigt wurde,

schreckten dabei die Franzosen nicht zurück. Rault's Kampf richtete sich in erster Linie, in richtiger Erkenntnis der Bedeutung einer vaterländischen Presse gegen die Zeitungen. Jedes Mittel war ihm bei der Unterdrückung des freien Wortes recht, so daß die Zeit der gewaltsamen Verhinderung im Erscheinen der Blätter zusammen mehr als ein Jahr beträgt. Bisweilen wurden mit allen Redakteuren, auch der Verleger und sogar die kaufmännische Leitung einer Druckerei monatelang verbannt, ein herbes Geschick, das ohne Urteil und Recht u. a. die Saarbrücker Zeitung traf.

„Vor Tische las man's anders!" Nach der Note der alliierten und assoziierten Mächte vom 24. Mai 1919 „sichert der Vertrag den Einwohnern des Saargebietes die Aufrechterhaltung aller ihrer gegenwärtigen Freiheiten zu." Als ihn die härtesten Maßregelungen und Bedrängnisse der Bürgerschaft nicht zu dem gewünschten Ziel führten, schuf er Ausnahmegesetze zur vollen Erledigung der Bürgerrechte und der Presse in einer Notverordnung vom 7. März 1923, in der unter anderem jede Kritik der Regierungsmaßnahmen mit Gefängnis bis zu 5 Jahren, Verbannung und großen Geldstrafen bedroht wurde. Diese unerhörten Eingriffe in die verbrieften, allgemein gültigen Volksrechte erregten selbst im englischen Parlament alle Kreise. Rault hatte den Bogen überspannt. Es half ihm auch nichts, daß er der Welt durch seine Spionageabteilung zur Begründung seines tyrannischen Vorgehens eine Verschwörung des Saarvolkes vortäuschen ließ. Dieser unerhörte Schwindel wurde durch den schlecht bezahlten Hauptspitzel verraten, der die Dokumente der ganzen Angelegenheit in der Saarbrücker Zeitung veröffentlichte. Die Hauptattentäter der dreisten Lüge mußten verschwinden. Aus Dankbarkeit überwies Rault jedoch noch jedem derselben eine pécule von 100 000 Franken. Die Blamage war groß; der Zorn der Bevölkerung hatte seinen Höhepunkt erreicht. Rault selbst gab in Genf zu, seine Befehle aus Paris zu erhalten.

„Vor Tische las man's anders!" Artikel 1 der Anlage zu dem Beschluß des Völkerbundsrates vom 13. Februar 1920 lautet: „Um genügend Bürgschaften gegen jeden Mißbrauch der der Regierungs-Kommission anvertrauten Macht zu geben, ist die Verantwortlichkeit der R.-K. gegenüber dem Völkerbund festgelegt."

Die Franzosen wurden aus Furcht vor der Verantwortung in Genf vorsichtiger. Rault mußte zugeben, daß er den Auftrag des Völkerbundes, alle Ausweisungen zurückzunehmen und in Zukunft keine anzuordnen, ein Jahr lang unveröffentlicht gelassen hatte. Deutsche Gelehrte, die im Saargebiet wissenschaftliche Vorträge halten wollten, erhielten bis dahin keine Einreiseerlaubnis, deutsche Lieder durften öffentlich nicht gesungen werden. Geschah es trotzdem aus patriotischem Anlaß in einem Café, fuhr die Polizei mit Gummiknüppeln dazwischen und die unglücklichen Sänger wurden wie Sträflinge behandelt.

Ist dies etwa die Erfüllung der Note der Mächte vom 24. Mai 1919, in der es heißt: „Der Vertrag sichert den Einwohnern des Saargebiets die Aufrechterhaltung aller ihrer gegenwärtigen Freiheiten zu." Das Leben war im Saargebiet unerträglich geworden. Der Deutsche rechtlos, Parteigänger des Präsidenten schützte dieser vor gerichtlicher Verfolgung, so u. a. den Minister Hector, der sich eines Falscheides schuldig gemacht hatte.

Gegen den einmütigen Willen der Bevölkerung führte Rault, entgegen den klaren Bestimmungen des Versailler Vertrages, den französischen Franken als gesetzliche Währung ein. Unter nichtigen Vorwänden wußte er trotz ausreichender Landgendarmerie das französische Militär im Saargebiet festzuhalten (anfänglich 7500, gegenwärtig 3000 Mann). Die Einrichtung französischer Volksschulen und der harte wirtschaftliche Zwang auf die Bergarbeiter, ihre Kinder dort erziehen zu lassen, die Verschwendung der Steuergelder, für die niemals eine klare Rechnungslegung zu erzielen war, die völlig ungerechte Begünstigung der gegenwärtig französischen Bergverwaltung bei ihren Steuerbeträgen, die stille Duldung des Saarbundes, einer von der Spionageabteilung ins Leben gerufenen Vereinigung der Saarseparatisten, die heute allerdings wieder verkracht ist.

Diese Skizze genügt zur Kennzeichnung einer landfremden „Treuhänder-Regierung", der als Richtschnur nach dem Saarstatut folgendes dienen sollte: „Um bei der Bevölkerung keinerlei Sorge um die Erhaltung der von ihren Vätern ererbten Kultur aufkommen zu lassen, wird ihr die Unantastbarkeit ihrer Staatsangehörigkeit, ihrer Selbstverwaltung in den örtlichen Vertretungen, ihrer religiösen Freiheiten, ihrer Schule und Sprache, Freizügigkeit, Gerichtsbarkeit und sozialen Rechte sichergestellt."

„Vor Tische las man's anders!" Das ließe sich in jeder Handlung fortsetzen, nur das Allerwichtigste ist hier berührt. Aber alle Mühe der Franzosen in Gewalt und List ist vergeblich gewesen. Der ruhende Pol blieb in aller Qual die feste deutsche Haltung der Bevölkerung, wie sie herzerhebend in der Jahrtausendfeier aufleuchtete. Seit jener Stunde erkannte auch Rault die vergebliche Arbeit in der pacifique pénération des urdeutschen Saargebiets.

Sechs Jahre französischer Gewaltpolitik unter dem Völkerbund sind vom Saargebiet nicht allein still überwunden und ertragen worden, es sind vielmehr alle Angriffe auf das Volkstum der alten deutschen Grenzbastei siegreich abgeschlagen. Ein Silberstreifen der Hoffnung zeigt sich jetzt mit dem Rücktritt Raults am Horizont, und wir alle begrüßen ihn freudig. Mag nun auch noch manche Wolke das Morgenrot einer besseren Zeit verhüllen, sie kommt, die Sonne. In seelischer und wirtschaftlicher Qual, durch festen Zusammenschluß gemeinsam ertragen, fühlen wir, daß in der Politik die wieder zum Lichte führende Wintersonnenwende mit Raults Weggang für uns angebrochen ist. Wir sind vorwärts gekommen, es ist zweifellos um vieles besser geworden. Daß es so kam, seien wir ehrlich, Rault hat ungewollt selbst dazu beigetragen, diese Anerkennung sind wir ihm schuldig und deshalb wollen wir ihm den Dank nicht vorenthalten. Er schlug mit Stahl auf hartes Gestein, die hellen Funken sprühten, und ganz Deutschland singt heute das Hohelied von des Saartals Treue. Auch Rault geht nicht leer von uns, hier ist's ihm eingehämmert worden, daß äußere Gewalt dem Volksgeist erliegen muß, denn aus seiner Tiefe quellen unbesiegbare Kräfte.

Und dieser Geist trägt himmelan und drängt hinauf zum Licht,
Ein freies Volk in seinem Recht verläßt der Herrgott nicht!

— — — — — — — — — — — —

Sucht nicht des Reiches Fahne hier im Staube,
Durch herben Schmerz geheiligt und gefeit,
Führt stark und fest des Saartals deutscher Glaube
Durch Winternacht zur sel'gen Frühlingszeit.

Vierteljahrsbezug des „Saar-Freund".

Eine postalische Neuordnung macht es erforderlich, daß die Postbezieher des „Saar-Freund" sich künftig auf den Vierteljahrsbezug für den „Saar-Freund" umstellen. Wir raten schon heute den Freunden unseres Blattes, schon ab 1. April den Vierteljahrsbezug zu veranlassen. Der Vierteljahrspreis beträgt für den „Saar-Freund" mit der vierseitigen illustrierten Monatsbeilage „Saarheimatbilder" 1,50 M.

Aber nicht nur die Erneuerung des „Saar-Freund"-Bezuges ist erforderlich, sondern auch

die Werbung neuer „Saar-Freund"-Leser.

Es wäre wahrlich keine schwere Aufgabe, wenn jeder „Saar-Freund"-Bezieher zum 1. April einen neuen „Saar-Freund"-Leser und zum 1. Juli einen zweiten gewönne. Er würde damit nur einen Bruchteil der Aufgaben erfüllen, die beispielsweise unser Ortsgruppenvorsitzender in Leipzig, Ingenieur Seiter, freiwillig seit Jahren auf sich genommen hat.

Darum mit dem 1. April

Vierteljahrsbezug

anmelden und

einen neuen „Saar-Freund"-Leser gewinnen.

Deutschlands Strom — Deutschlands Herz.

Befreiungsfeier des Westausschusses für Rhein, Saar und Pfalz.

Der Reichstag sah am Sonntag, dem 7. März, eine festliche Versammlung in seinen Räumen, die Reden, die dort gehalten wurden, waren frei von parteipolitischem Streit — eine leider selten feststellbare Tatsache. Man sang diesmal das hohe Lied von rheinischer Freiheit, deutscher Einheit und deutschem Sehnen. Der Westausschuß für Rhein, Saar und Pfalz — die Arbeitsgemeinschaft landsmannschaftlicher Verbände des Westens hatten zu einer rheinischen Gedenkfeier aus Anlaß der Befreiung der Kölner Zone eingeladen. Und der Ruf hatte gezündet, in übergroßer Zahl waren sie gekommen, um zu hören von rheinischem Wesen, rheinischer Kultur, rheinischem Deutschtum und rheinischer Treue . . .

Der Vorsitzende des Westausschusses, Präsident Dr. Kaufmann-Berlin, sprach zunächst herzliche Worte des Dankes und der Erinnerung; Worte des Dankes an die rheinischen Brüder, die sieben Jahre um ganz Deutschland willen größte seelische und wirtschaftliche Not erduldet, allen Verwelschungsbestrebungen zum Trotz sich entschlossener denn je auf ihr tief verwurzeltes deutsches und preußisches Wesen besonnen hätten. Worte des Dankes für ihren stillen Heldenmut, ihre unwandelbare Treue und vorbildliche Geschlossenheit. Er gedachte weiter der noch unerlösten Volksgenossen in der zweiten und dritten Zone, die noch weiterhin trotz völliger Entwaffnung Deutschlands die Lasten und Leiden fremder Besatzung zu tragen haben.

Als erster Festredner behandelte dann Geheimrat Prof. Dr. Erich Marcks-Berlin „Die Freiheit des Rheinlandes". Er ging von den Befreiungsfeiern am Rhein aus, die man zwar in Berlin nicht unmittelbar erlebt habe, die aber dennoch bis hierher mitempfunden worden seien. Wir alle seien unserem Westen in Freud und Leid auf das innerste verbunden. Wer es nicht gewußt hätte, daß eine Schicksalsgemeinschaft uns mit dem Rhein verknüpft, unverbrüchlich, auf Leben und Tod, der hätte dies jetzt vor Augen und in der Seele: Gemeinschaft, und deshalb Hoffnung und Willen, solange Deutschland selber lebt. Er fuhr dann fort: Nie war das Rheinland für Deutschland wichtiger als vor 1914, nie das Reich wichtiger für das Rheinland, der Puls des deutschen Lebens wurde von darther bestimmt; den Weltzug der deutschen, voran der rheinischen Industrie, deckte die Stärke Gesamtdeutschlands. Ober- und Niederrhein waren seit 1871 beieinander und in Art, Wirtschaft und Geist blühte ganz Deutschland auf, mit lebendiger, blutender Größe, unter dem Schutze der Macht. Heute stehen jene Jahrzehnte des neuen Reiches vor uns wie ein Wunder — nicht wie Selbstverständlichkeit! Heute geht unser Blick vergleichend auf diese Vergangenheit, auf alle unsere Vergangenheit zurück.

Die Jahrtausendfeier von 1925 ist zu einem brausenden nationalen Bekenntnisse der Millionen geworden, im Rheinland und in Deutschland, bis nach Wien hinüber, allüberall. Das bleibt ihr eigentlicher Ertrag. Sie hat uns überdies die Erkenntnis eingegraben: In tausend Jahren, in allen Auf und Ab, hatten Deutschland und Rheinland dasselbe Schicksal. Beide waren sie groß in den Zeiten der Einheit, beide waren sie nichts in den Zeiten der Zersplitterung. Ueber die Stufe der französischen Fremdherrschaft ist das Rheinland in das 19. Jahrhundert hineingeschritten, aber über sie hinweg ist es auch heimgeschritten ins Vaterhaus. Es ist nicht gern französisch gewesen, das wissen wir jetzt: es blieb deutsch und trat 1815 freudig zu Deutschland zurück. Rheinland und Preußen haben sich gegenseitig befruchtet, das erste gab dem zweiten Bewegung und Ausbreitung, Preußen gab ihm in Heer und Staat und Geist lebendige Zucht. Vom östlich kolonialen Boden kam der alten Heimat der Kolonisation deutsche Geisteskultur zurück: der Ring der Entwicklung schloß sich wieder. Der Rhein trat in den preußischen, er trat in den deutschen Großstaat ein. Der Rhein wurde groß. Aber zu etwas Ganzem in sich und für sich allein wurde er nicht — so wenig wie je zuvor. Landesgestaltung und Stammesart gingen das Rheinland hinauf und hinab mannigfach, sie zerschneiden es geographisch in drei Schichten, sie zerschneiden es auch völkisch. Nie hat das Rheinland einen Körper für sich gebildet — nur der Franzose hat es dazu zu machen getrachtet. Das Ganze keine Einheit, die sich absondern könnte, tausend Klammern verbinden es mit dem Osten, mit allem deutschen Leben. Alle Verschiedenheit von Ost und West, oft gespürt, ging doch in der starken Einheit immer segensreicher auf. So war es vor 1914, so war es im Zusammenhalt des Weltkrieges, so sehnen sich die Kinder der Mutter Germania in Ost und West zur ungehemmten Gemeinschaft hin. Das neueste und stärkste, was Deuschland im 19. Jahrhundert errungen und in sich erlebt hat, ist doch das nationale Gesamtgefühl und der nationale Wille. Gesamtdeutschland ist nichts ohne die Freiheit dieser Lande, ihrer schöpferischen Kräfte, vor allem ohne die Freiheit des deutschen Bodens überhaupt. Wir sind in neue freiere Berührung mit Europa wieder eingerückt, um so lauter schreit unsere Stellung zwischen den Völkern nach diesem Abschlusse, nach diesem Ende der Fremdherrschaft. Die Verstümmelung durch die Fremdgewalt ist uns allen unversöhnliche Schmach; und was sie denen ist, auf deren tägliches Dasein ihr Joch drückt, was sie ihnen täglich bleiben muß, selbst wenn Mißhandlung und Entbehrung sich mildern, das fühlen wir innerlichst nach. Noch immer ist unser heiliger Strom in Ketten. Wir blicken auf Rhein und Mosel und Saar, auf die Hügel der Pfalz, auf die Hochebenen der Eifel; wir sagen uns da Namen: Aachen und Trier und Saarbrücken, Neustadt und Speyer, Mainz und Wiesbaden und Koblenz — welche Fülle verschiedenartiger Lebendigkeit, welche Fülle von Wünschen, von Sehnsucht, von Lasten, von Nöten, von Schmerzen und von Forderungen. Wir fordern Anerkennung unseres Daseins; Anerkennung unseres Lebens, unserer Freiheit.

Der Redner streifte dann in wenigen markanten Strichen Frankreichs Streben, Frankreichs Methoden, die alle auf das eine hinausgehen: Frankreich will ein auf sich gestelltes Rheinland — das es in der Geschichte aber niemals gab! — um dieses Rheinland zu beherrschen. Wir aber am Rhein und im Reiche, wir wollen Deutschland, seine Freiheit, die Freiheit des Rheins und des Rheinlandes. Nur die Treue kann unsere Zukunft retten, nur die Einigkeit, die unsere großen Zeiten beseelt hat je und je. Wir grüßen unseren Westen, wir grüßen den Rhein, den Rhein, der Deutschlands Schicksal und Deutschlands Symbol gewesen ist und ist und bleibt: Deutschlands Strom — Deutschlands Herz!

Nachdem hierauf Geh. Rat Prof. Dr. Heinrich Finke-Freiburg i. Br. ein plastisches Bild von „Joseph Görres als rheinischen Patrioten" gezeichnet hatte, behandelte Geh. Rat Prof. Dr. Clemen-Bonn den Kölner Dom als Symbol deutscher Freiheit und deutscher Einheit. Er sagte u. a.:

Als in der Mitternachtsstunde des 1. Februar zwischen Cleve und Remagen das feierliche Singen der 20 000 Kirchenglocken zur Einleitung der Befreiung einsetzte, zitterte in uns noch nach die Erinnerung an die Jahrtausendfeier des vorigen Sommers. Vielleicht liegt es in der Natur des Rheinländers, daß er für sein tiefstes Empfinden mehr nach bildhaften Symbolen sucht, wo der rationalistische norddeutsche und östliche Geist sich mit der klaren Verstandesformel begnügte. Wenn wir etwas als dauernden Gewinn dieser Festzeit buchen würden, so ist es, daß die großen nationalen Denkmäler der Kunst in einem ungleich höheren Sinn geworden sind, was sie ihrem Wortsinn nach sein wollen, Denkzeichen, Symbole, ein Stück Abbild des geheimnisvollen Mythos unseres rheinischen deutschen Wesens. So haben wir in jenen Jahren der Knechtschaft die rheinischen Dome und Burgen mit neuer Inbrunst ansehen gelernt. Noch wartet die Trias der drei romanischen Dome am Mittelrhein auf die Stunde der Erlösung. Frei reckt der Kölner Dom seine beiden Dolomitenzinnen empor, so sehr das steinerne Symbol der Stadt und des niederrheinischen Landes, das auch in der nächtlichen Stunde der Befreiung vor dem Dome seinen unvergeßlichen, festlichsten Ausdruck finden mußte.

Machtvollstes Denkmal des deutschen Kunstwollens auf dem Wege zu der klaren Rhythmik größter Raumwunder, nicht die höchste Schöpfertat des deutschen mittelalterlichen Genius im Gebiet der Gotik! Gern geben wir hier Freiburg und Straßburg den Vortritt. Aber es war fast eine Notwendigkeit, daß über die kunsthistorische Zensur hinaus der Dom durch das Erleben der letzten Jahre wieder in seiner einzigartigen symbolischen Bedeutung uns vor Augen gerückt ist. Nicht die Stelle, die ein Bauwerk in einer formalen Entwicklung einnimmt, gibt ihm seinen Rang als Denkmal, sondern daß es Rahmen und Gefäße aller geistigen und religiösen Kräfte, Träger der nationalen Wünsche und Sehnsüchte wird. Tiefer haben den Dom gedeutet die Dichterstimmen von Brentano und Heine bis auf George und Bertram. So ist er das Denkmal des frühesten Sichwiederfindens im nationalen Gedanken für Deutschland geworden. So hat ihn Friedrich Wilhelm IV. 1842 begrüßt als das Werk des Brudersinnes aller Deutschen aller Bekenntnisse. Der Preußische Staat ist dem gefolgt. Fast 6 000 000 Mark hat er bis zur Vollendung bereitgestellt, dazu 9 000 000 Mark als Erlös der Dombaulotterien.

Aber seit 20 Jahren kommen beunruhigende Meldungen über Veränderungen des Aeußeren. Es kann kein Zweifel sein, der Großstadtatem, die verhängnisvolle Nähe des Hauptbahnhofes, der Niederschlag der schwefligen Säure aus den Rauchgasen ist für das am Dom vorzugsweise gewählte Steinmaterial unheilvoll. Man soll sich vor Uebertreibungen hüten. Noch sind es nur Hautkrankheiten, die sich zuerst in einem Anfressen der Epi-

dermis, dann in einer Absplitterung äußern. Aber der Augenblick ist da, wo eine Erkrankung des Knochengerüstes daraus werden kann. Wie die Armstummel von Lepratranken starren jetzt die ersten zerstörten Fialen empor. Das Heilmittel liegt in dem Ersatz der angegriffenen Teile durch ein härteres als widerstandsfähig erprobtes Material. Heute ist der Augenblick, die eindringliche Bitte des Domkapitels, der Stadt Köln, des Rheinlandes vorzubringen, den kategorischen Imperativ der Sicherung des Domes für ganz Deutschland hier aufzustellen. Das Denkmal der deutschen Einigung darf auch nicht zu zerbröckeln drohen.

Zwei Erklärungen vom Januar 1926 sind hier zu nennen:

„Der deutsche Rhein und der Kölner Dom gehören zueinander als die gewaltigsten geographischen und geschichtlichen Wahrzeichen des deutschen Volkstums in unserer Westmark. Darum muß den Dom, den Menschenhand geschaffen hat, auch Menschenhand erhalten für alle Zeit. Dr. Luther, Reichskanzler."

Und ein anderes:

„Das deutsche Volk der neuen Zeit darf sich an Opferwilligkeit vor früheren Generationen nicht übertreffen lassen. Es ist eine heilige Ehrenpflicht des gesamten deutschen Volkes, hier einzutreten. Dr. Marx, Reichskanzler a. D."

Das sind zugleich zwei vollgültige Wechsel, die heute das Rheinland präsentiert.

Das Kanzlerwort hatte recht, wenn es den Rhein und den Dom als zusammengehöriges Wahrzeichen nannte. In den Schatten des Domes ist Köln dem Geiste der Verneinung und Mutlosigkeit zum Trotz ungeheuerlich gewachsen, ist eine zweite Hochburg am Rhein entstanden. Die Kreuzblumen der Türme haben gesehen, wie der romantische Strom zugleich Deutschlands gewaltigster Wirtschaftsweg geworden ist, und doch bleibt er für uns der heilige Rhein. In dem rauschenden Jubel des Liedes vom hohen Felsenkind, das im Schicksaljahre einer anderen Befreiung 1814 Max von Schenkendorf gesungen hat, klang dieser Gruß des Rheinlandes aus.

Wir verstehen es, daß gerade dieser Redner, der den Kölner Dom als Wahrzeichen deutscher Freiheit und deutscher Einheit, der den Rhein als das Sehnen der deutschen Herzen, als das Symbol deutschen Nationalempfindens darzustellen verstand, minutenlangen Beifall fand. Dabei darf es nicht bleiben; solche Veranstaltungen, wie diese am 7. März im Deutschen Reichstag, sollen, müssen von bleibendem Wert sein, sollen nachwirken in den Alltag des deutschen Staatsbürgers, des ganzen deutschen Volkes hinein. Zu diesem Zweck hatten der Westausschuß, hatten Saar-Verein und Reichsverband der Rheinländer zu dieser gemeinsamen Kundgebung eingeladen.

Noch ein weiteres hatte diese Veranstaltung gezeigt: Fragen des deutschen Volkes können ohne Parteipolitik behandelt werden, wenn man die parteipolitische Gschaftelhuberei von Fragen der Nationalpolitik fernhält. Nationales Empfinden muß auch ohne parteipolitische Amme sich entwickeln dürfen, sich entwickeln können. Richtiger wäre es, wenn die Parteilpolitik sich als ein Bestandteil der nationalen Politik betrachtete, d. h., daß es unter den Parteien bei nationalen Fragen keine Parteifragen geben dürfte. Ob wir noch dahin kommen? Schon unser Bundestag in Hannover hat gezeigt, daß eine solche Entwicklung möglich ist, die Rheinlandfeier im Reichstag hat einen weiteren Beweis dafür erbracht und unser Bundestag in Köln in diesem Frühjahr wird die Beweiskette hierfür schließen. Nochmals: Fragen deutscher Nationalpolitik müssen von allen Parteien politisch losgelöst sein. Am 7. März hat sich gezeigt, wer im Reichstag zu Worte kommen sollte: Das deutsche Volk, nicht die Parteien!

Das erste Jahr der Zollabschnürung des Saargebiets

und seine Auswirkungen für Bevölkerung und Wirtschaft.

Das innere Ziel der Bestimmungen des Friedensvertrages von Versailles über das Saargebiet war die Loslösung dieses urdeutschen Gebietes vom Reiche und die Angliederung an Frankreich. Eine glatte Annexion war im Hinblick auf den feierlichst verkündeten, aber wenig eingehaltenen Grundsatz vom Selbstbestimmungsrecht der Völker nicht gut möglich. Uebrigens ist dieser Grundsatz auf das Saargebiet überhaupt nicht anwendbar, denn soll die Saarbevölkerung 1935 abstimmen, ob sie beim Reiche bleiben will, so müßte schließlich auch die Bevölkerung des übrigen Deutschlands abstimmen, ob auch sie beim Reiche bleiben will. Zwischen der deutschen Volks- und Stammeszugehörigkeit eines Bewohners von München oder Berlin oder eines „Saargebietlers" besteht nun aber auch gar kein Unterschied. Diese aussichtslose politische Loslösung, die ihren stärksten Widerstand in dem Verhalten der Arbeiterschaft des Saarzebietes findet, sollte durch die wirtschaftliche Annexion vorbereitet werden. Daß diese wirtschaftliche Ueberfremdung zu einem großen Teile, nicht ganz ohne Schuld „maßgebender" Wirtschaftskreise des Saargebietes, gelungen ist, kann ruhig zugegeben werden. Um so ruhiger, als diese wirtschaftliche Scheinannexion an der politischen Zukunft des Saargebietes nicht sehr viel ändern, vielleicht die Rückkehr nur etwas erschweren wird.

Um die wirtschaftliche und als Folge die politische Annexion erfolgreicher bewerkstelligen zu könen, wurde das Saargebiet nach einer Galgenfrist von fünf Jahren vollständig in das französische Zollgebiet eingegliedert. Diese Eingliederung erfolgte am 10. Januar 1925.

Die wirtschaftlichen Organisationen der Unternehmer und Arbeiter, ebenso die politischen Parteien versuchten vergeblich, die Errichtung der Zollmauern an der Ostgrenze des Saargebietes zu verhindern bzw. hinauszuschieben. Alle Bemühungen blieben erfolglos, sintemal die Regierungskommission selbst dieser äußerst wichtigen Angelegenheit teilnahmslos gegenüberstand. Nachdem seit Errichtung der Zollmauer gegenüber Deutschland ein Jahr verflossen, ist es aus den verschiedensten wirtschaftlichen und politischen Gründen notwendig, einmal die Entwicklung des ersten „Zolljahres" (bitte nicht verwechseln mit „demokratisch-sozialem" Jahr) einer kritischen Betrachtung zu unterziehen.

Nachdem also die „Grenze" zwischen Saargebiet und Deutschland (!) am 10. Januar 1925 geschlossen werden sollte, konnte eigentlich ein Güteraustausch zwischen den beiden, nun gewaltsam getrennten Wirtschaftsgebieten nur mehr unter den Bedingungen eines deutsch-französischen Handelsvertrages erfolgen. Soweit aber ließ man es seitens Frankreich aber gar nicht kommen, sondern trat in Sonderverhandlungen mit dem Reiche über die Gestaltung der Dinge im Saargebiet ein. Das Ergebnis dieser Verhandlungen war der Abschluß des sogenannten Saarzollabkommens. Trat dieses Abkommen auch praktisch nicht in Tätigkeit, so war der Abschluß desselben weniger von wirtschaftlicher (dies verhinderten wirtschaftliche Rivalitäten und Winkelzüge, auf die hier nicht näher eingegangen werden soll), sondern von größter politischer Bedeutung, gab doch Frankreich damit zu, daß eine zollpolitische Trennung des Saargebietes von der Wirtschaft des Deutschen Reiches den Tod der Saarwirtschaft bedeutet.

Um den infolge der Nichteinigung zwischen Saarwerken einerseits und Lothringer Schwerindustrie andererseits zu befürchtenden zwangsläufig eintretenden Stillstand der Saarindustrie zu vermeiden, übernahm nicht etwa der französische Staat einen Teil der Zollasten der Saarindustrie, sondern das Deutsche Reich stundete die Zölle.

Mit diesem System der Zollstundungen erhielt das Deutsche Reich die Saarindustrie am Leben und der deutschen Arbeiterschaft des Saargebietes ihre Arbeitsstätte. Das Deutsche Reich hat damit eine Aufgabe erfüllt, die eigentlich dem Völkerbunde bzw. Frankreich zukommt. Wahrscheinlich aber wäre die Bevölkerung des Saargebietes verhungert, bis diese beiden Instanzen eingegriffen hätten.

Nun ist es sehr interessant, zu prüfen, wie sich die Wirtschaft des Saargebietes unter dem System der Zollstundungen im Jahre 1925 entwickelt hat. Vor allem aber, wie sich die deutsche Saararbeiterschaft, zu deren Gunsten ja die Zollstundungen gewährt wurden, materiell steht. Diese Frage spielt zurzeit im Saargebiet eine sehr große Rolle. Der christliche Metallarbeiterverband im Saargebiet unter der Leitung des Bezirksleiters Pick nahm in einer Anzahl viel beachteter Konferenzen Stellung zu dieser auch politisch äußerst wichtigen Frage. Der Betrag der gestundeten Zölle beträgt für die Schwerindustrie ungefähr 12 Mill. Goldmark. Nach Ausführungen, die der obengenannte Geschäftsführer in Versammlungen machte, könnten mit diesem Betrage (85 Mill. Franken) ungefähr zwei Fünftel der Lohnsumme des Jahres 1925 in der Hüttenindustrie des Saargebietes gedeckt werden. Die Handelsbilanz des Saargebietes selbst ist eine äußerst günstige. Der Wert der nach dem Reiche ausgeführten Produkte überstieg die Einfuhr aus

dem Reiche um annähernd 400 Mill. Franken. Aehnlich günstige Zahlen soll auch die Handelsbilanz des Saargebietes gegenüber Frankreich aufweisen. Rein volkswirtschaftlich gedacht, müßten angesichts dieser äußerst aktiven, günstigen Handelsbilanz die Dinge im Sargebiet gut liegen und sich die Bevölkerung, vor allem die Arbeiterschaft sehr gut stehen. Das ist jedoch nicht der Fall; vielmehr liegen die Verhältnisse gerade umgekehrt, weil eben alle Dinge im Saargebiet — — — — politisch gewertet werden. So sind denn tatsächlich die Löhne der Arbeiterschaft, ebenso die Gehälter der Angestellten in Industrie und Handel denkbar niedrig. Monatslöhne im Bergbau und Schwerindustrie von 500—600 Franken, also noch nicht 100 Mark, sind die Regel, Mehrverdienste die Ausnahme. Die Folge dieser äußerst geringen Löhne ist auch eine starke Stagnation von Handel und Gewerbe. Kaufleute und Geschäftsleute klagen bitter über die geringe Kaufkraft der der Bevölkerung zur Verfügung stehenden Verdienste. Eine starke Erregung hat sich der Arbeiterbevölkerung bemächtigt. Die Arbeitnehmerschaft wehrt sich angesichts der günstigen Lage von Bergbau und Industrie, wie sie ihren Ausdruck in der Handelsbilanz des Saargebietes findet, gegen eine fortschreitende Verelendung, die in ihren Folgen unabsehbar sein kann. Der eigentliche Grund dieser bedauernswerten Tatsache liegt, wie Stadtverordneter Pick in einer Konferenz der Arbeitnehmerwähler der deutsch-saarländischen Volkspartei ausführte, darin, daß alle im Saargebiet erzeugten Werte und Gewinne nicht der Saarbevölkerung zugute kommen, sondern in die Taschen meist landfremder Aktionäre fließen. Das niedrige Einkommen aber der Arbeitnehmerschaft reicht zur Kapitalneubildung nicht aus, so daß als Folge hiervon trotz aktiver Handelsbilanz des Saargebietes der ganze Innenmarkt stockt. Die wirtschaftliche Erpresserpolitik, wie sie in berechneter politischer Absicht gegenüber dem Saargebiet von Frankreich betrieben wird, muß heute oder morgen zu einer sozialen Katastrophe führen.

Von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet, gewinnt die Frage der Zollstundungen eine erhöhte politische Bedeutung. Schon seit langem verlangt die Arbeiterschaft des Saargebietes durch ihre Organisationen, daß seitens der Reichsregierung von der Saarindustrie lohnpolitische Sicherungen gefordert werden, dies um so mehr, als allgemein mit einer Niederschlagung der Zölle gerechnet wird. Das Deutsche Reich, selbst überlastet mit Abgaben und Lasten auf Grund des Dawesplanes, leistet sicherlich nicht Verzicht auf Millionen von Mark an Zolleinnahmen zugunsten des überwiegend französischen Unternehmertums und des französischen Staates als vorübergehender Besitzer der Saargruben, sondern diese Zollstundungen sollten der deutschen Saararbeiterschaft eine einigermaßen menschenwürige Existenz sichern. Diese Gesichtspunkte sollten bei Beurteilung der wirtschaftspolitischen Gesamtlage des Saargebiets um so weniger außer acht gelassen werden, als hiermit die Gestaltung der politischen Lage im nationaldeutschen Sinne engstens zusammenhängt.

Politische und wirtschaftl. Entwickelungsmöglichkeiten an der Saar.

Von A. Heinrichsbauer-Essen.

In der Verwaltung des Saargebiets ist im Laufe der letzten Jahre manche Besserung eingetreten. Natürlich ist es nach wie vor falsch, von einer Saar-Autonomie zu reden, wie es die französische Propaganda so gern tut. In Wirklichkeit gibt es an der Saar keine Selbstbestimmung, sondern das dortige Regime ist nach wie vor die Herrschaft einer dem Saargebiet wesens- und interessenfremden Regierung unter Oberhoheit des Völkerbundes. Diese Unterstellung der Saar unter den Völkerbund macht sich in gewisser Beziehung aber auch vorteilhaft bemerkbar. Das Saarstatut gibt Möglichkeiten der Meinungsäußerung, die lange Zeit nicht genügend beachtet waren, die jetzt aber nach Kräften ausgenutzt werden. Jetzt liegen die Dinge praktisch so, daß kein Saarländer ausgewiesen werden kann, daß weitgehendste Presse- und Versammlungsfreiheit besteht usw. Auch die Rechte des Landesrates haben allmählich eine stillschweigende Erweiterung erfahren. An sich bildet der Landesrat nur eine Parodie auf den Begriff Selbstverwaltung: der Präsident wird von der Regierungskommission ernannt, die Tagesordnung wird ebenfalls von ihr festgesetzt; außerhalb der Tagesordnung darf eigentlich nicht geredet werden usw. Tatsache ist aber, daß der Einfluß des Landesrates sich allmählich gesteigert hat; so werden z. B. von ihm jetzt Entwürfe der Regierung an diese kurzerhand zur Umarbeitung zurückverwiesen usf. Ein politischer Fortschritt ist also — in allgeminen Linien gesehen — unverkennbar.

Es scheint so, als ob diese Entwicklung weitergehen sollte. Die Zeit arbeitet jedenfalls für das Saargebiet. Die fortschreitende Isolierung Frankreichs, die aus der Zerrissenheit der europäischen Wirtschaft entstehenden Schäden usw., alles das sind Momente, die letzten Endes auch dem Saargebiet zunutze kommen müssen, wie manche sehr interessante Einzelheiten zeigen, die hier leider nicht näher ausgeführt werden können. Diese Entwicklung ist bereits so weit gegangen, daß im Saarzollabkommen eine tatsächliche Regierung des Versailler Vertrages zum Ausdruck gekommen ist, ein Umstand, der trotz seiner eminenten grundsätzlichen Bedutung bisher fast kaum beachtet worden ist. Immer mehr stellt sich heraus, daß das Saargebiet, politisch betrachtet, für Frankreich eine schwere Last ist. Zwar noch nicht in der Presse, aber im geheimen mehren sich in Frankreich die Stimmen der Politiker, die offen erklären, daß die Saar nie an Frankreich kommen dürfe. Zum Hervorrufen dieser Erkenntnis hat nicht zuletzt die außerordentliche Erstarkung der Autonomie-Bewegung in dem unmittelbar benachbarten Elsaß-Lothringen beigetragen. Ganz offenkundig wird die Befürchtung ausgesprochen, daß für den Fall des politischen Anschlusses des Saargebietes an Frankreich ein Moment der Beunruhigung entstehen werde, das zusammen mit der elsaßlothringischen Bewegung für Frankreich, das auf Wahrung seines Prestiges immer besonders gedacht gewesen ist, es riskieren wird, eine Abstimmung vorzunehmen, bei der sich — wie die Jahrtausendfeier trotz aller Verbote mit überwältigender Deutlichkeit ergeben hat — 99,9 Proz. der Bevölkerung gegen Frankreich erklären werden, wie dieses genau weiß. Ob und welche Zeit die hier angedeuteten Entwicklungen zum Ausreifen gebrauchen werden, steht natürlich dahin.

Auch in bezug auf die Wirtschaft scheint sich ein Umschwung anzubahnen. Das Saargebiet wird auch wirtschaftlich immer mehr zu einer Last für Frankreich. Es hat im großen und ganzen dieselbe Produktion wie Frankreich; die Erzeugung des Saargebietes stößt also im In- wie Ausland fast stets mit der französischen Erzeugung zusammen, ein Umstand, der natürlich schärfste Konkurrenzmöglichkeiten in sich birgt. Auch finanziell betrachtet hat Frankreich am Saargebiet keine große Freude mehr. Besonders enttäuscht ist Frankreich über die finanzielle Unergiebigkeit des Saargebietes. Französische Wirtschaftler haben sich ausgerechnet, daß aus den Saargruben günstigenfalls im Jahr ein Gewinn von zehn Millionen Goldmark zu ziehen ist, daß dieser Betrag sich aber sehr erheblich erhöhen wird, wenn man von Deutschland Reparationskohle bezöge und dafür die Saargruben an Deutschland (z. B. zu dem seinerzeit von der Reparationskommission festgesetzten Wert von 300—400 Mill. Mark) zurückverkaufte. Eine wesentliche Rolle bei allen diesen Dingen spielen auch die Befürchtungen maßgebender französischer Industrieller, daß die im Saargebiet laufenden französischen Beteiligungen an industriellen Werken auf die Dauer nicht ganz ungefährdet bleiben würden. Je mehr der Franken fällt, womit wohl ziemlich bestimmt zu rechnen sein wird, und je schärfer die wirtschaftlichen Verhältnisse in Frankreich selbst sich zuspitzen, ein desto schnelleres Tempo wird auch wohl diese Entwicklung annehmen.

Wenn man fragt, woher die günstigere Gestaltung der Zukunftsaussichten des Saargebietes gekommen ist, dann kann die Antwort nur liegen in der Feststellung, daß sie herrührt von der Zähigkeit der Saarbewohner, die frei von jedem Parteigezänk einig zueinanderstehend immer wieder ihre Rechte verfochten haben; nur auf Grund dieser Einigkeit hat das Saargebiet gegen die Uebermacht der Gegner sich behaupten und durchsetzen können. Ganz Deutschland sollte sich am Saargebiet ein Beispiel nehmen, was durch treues Zusammenhalten zu erreichen ist. Wenn das saarländische Beispiel im ganzen Vaterland befolgt wird, dann sind die an der Saar gebrachten Opfer nicht vergeblich gewesen.

Diese Ausführungen macht der Verfasser in der „Königsberger Allgem. Ztg." auf Grund von Beobachtungen während

einer vorübergehenden Anwesenheit im Saargebiet. Seine Darstellungen sind nicht in allen Fällen zutreffend, was sich aus der Tatsache einer vorübergehenden Beobachtung erklärt. Von einer weitgehenden Pressefreiheit im Saargebiet beispielsweise kann keine Rede sein und auch in vielen anderen Punkten beurteilt Herr Heinrichsbauer die Lage an der Saar wohl etwas zu optimistisch.

Auch über die sozialpolitischen Zustände im Saargebiet hat sich der gleiche Verfasser und zwar in der Zeitschrift der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände „Der Arbeitgeber", wie folgt geäußert. Wir heben hieraus folgende Ausführungen hervor:

Die soziale Versicherung ist im Laufe der Zeit vollkommen vom Reich getrennt worden, trotzdem nach den ausdrücklichen Bestimmungen des Friedensvertrages die Rechte aus der sozialen Versicherung von Deutschland und Frankreich gemeinsam geschützt werden sollen. Die jetzige Regelung, die eine Beteiligung Deutschlands völlig ausscheidet, stellt danach einen glatten Bruch des Friedensvertrages dar. Die Trennung war organisatorisch betrachtet bei den Krankenkassen nicht unschwer zu vollziehen. Sehr große Schwierigkeiten machten sich jedoch bemerkbar in der berufsgenossenschaftlichen Versicherung, da bei der Uebernahme des jetzigen Regimes im Saargebiet durch den Völkerbund im Saarrevier nicht weniger als 66 verschiedene Berufsgenossenschaften bestanden, von denen nur vier im Saargebiet selbst ihren Sitz hatten. Auch die Trennung der Invaliden- und Angestelltenversicherung vom Reich ging nicht ohne große Reibungen von sich. In manchen Dingen konnte nicht einmal bis jetzt eine vollkommene Klärung auch in wichtigeren Dingen erzielt werden.

Im großen und ganzen werden im allgemeinen im Saargebiet bei der sozialen Versicherung die deutschen Bestimmungen durch Verordnung eingeführt. Materiell jedoch stehen sich die Mitglieder der saarländischen Versicherungen viel schlechter als in Deutschland; man kann ganz allgemein sagen, daß die Leistungen der saarländischen Sozialversicherung bestenfalls 50 bis 60 Prozent, ungünstigenfalls jedoch nur 15 bis 20 Prozent der entsprechenden deutschen Leistungen betragen; Monatsrenten von 10—20 Papierfrancs kommen in einer nicht unerheblichen Anzahl von Fällen vor. Besonders geklagt wird über das niedrige Krankengeld, das nicht über einen Betrag hinausgeht dem in Deutschland eine Summe von 2—3 M entsprechen würde. (Interessant ist, daß die meisten Arbeiter in der Hüttenindustrie nicht in den Krankenkassen, sondern in besonderen Hütten-Knappschaften versichert sind.) Auch bei der Berufsgenossenschaft sind die Renten sehr niedrig; hier vor allem wegen der Gestaltung der Drittelungsgrenzen. Besonders wird bei der berufsgenossenschaftlichen Versicherung auch darüber geklagt, daß man keine fachlichen Berufsgenossenschaften eingeführt hat, sondern für Industrie, Handel, Baugewerbe, Handwerker usw. zusammengenommen nur eine einzige Berufsgenossenschaft, die in vier Sektionen die zusammengehörenden Gewerbe nur in sehr unzureichender Weise zusammenzufassen sich bemüht; außer dieser gewerblichen Berufsgenossenschaft existiert nur noch die knappschaftliche und die landwirtschaftliche. Auch in der Invaliden-Versicherung wird sehr über die niedrigen Renten geklagt. Die Zahlung der Beiträge erfolgt wie in Deutschland im Umlageverfahren. Auch die Pensions-, Hinterbliebenen- usw. Fürsorge hat ihre großen Mängel; das Reich führt die Renten in Mark an die Regierungskommission ab; die Umrechnung in Franken erfolgt fast regelmäßig so, daß die Rentenempfänger ein schlechtes Geschäft machen, die Regierungskommmission dagegen ein um so besseres. Eine Arbeitslosenversicherung kennt das Saargebiet nicht, wohl aber eine Erwerbslosenunterstützung. Verschiedene wichtige Fragen sind im Verhältnis der deutschen saarländischen Versicherung noch nicht gelöst (z. B. Freizügigkeit, Anrechnung der Beitragszeit usw.). Ueber diese Punkte finden noch Verhandlungen statt, die hoffentlich bald zu einem Ergebnis kommen.

Korruption oder . . .?

Vor einem Jahre ging durch die Saarpresse eine Skandalaffäre, die sich mit den Spritschiebungen der Firma Schick befaßte. Der saarländische Steuerfiskus hat nach Angaben der „Saarbr. Landeszeitung" durch diese Machenschaften des Spritschiebers Schick einen Verlust von schätzungsweise 5 Millionen Franken erlitten. Das Blatt hatte damals berichtet, Präsident Rault habe Kenntnis wenigstens von einem Teile des Falles Schick gehabt und gefragt, was er getan habe, um den Saarfiskus und die saarländischen Steuerzahler vor den durch seinen Landsmann Schick — er ist Elsässer — verursachten Schaden zu bewahren. Die „Saarbrücker Landeszeitung" gab vor einigen Tagen selbst die Antwort auf die Frage: er hatte nicht nur nichts in dieser Richtung getan, sondern er hat im Gegenteil dazu mitgeholfen, daß diese Schädigungen eingetreten sind. Zum Beweise für diese Behauptung veröffentlichte das genannte Blatt in deutscher Uebersetzung einen Brief des französischen Generals und Senators Hirschauer an den Präsidenten Rault, der ihn an die Finanzabteilung weiterleitete. Der Brief hat folgenden Wortlaut:

Der Senat. Versailles, 11. Juni 1924.

Herr Präsident!

Ich hatte die Absicht, Sie heute zu begrüßen und mit Ihnen über eine Frage zu sprechen, die eine gewisse Anzahl meiner Landsleute außerordentlich interessiert. Die Ereignisse zwingen mich indessen, meine Reise auf Samstag zu verschieben. Inzwischen erachte ich es für notwendig, Ihnen einige Anhaltspunkte über die Angelegenheit zu geben, um die es sich handelt.

Die Firma Schick, St. Johannerstraße 35 in Saarbrücken, befaßt sich mit der Fabrikation und dem Vertrieb von Spirituosen. Die Direktoren sind Elsässer aus Kolmar. Die Banque de Mulhouse, an die ich mich zwecks Auskunft über die Ehrenhaftigkeit und Gediegenheit dieser Firma gewandt habe, hat mir im letzten Jahre die besten Referenzen gegeben.

Dies vorausgeschickt. Im letzten Jahre, im Oktober, hatte die Firma Schick in Deutschland 1000 Hektoliter reinen Alkohol zu liefern. Die Verzögerung der Zuckerrübenernte hatte es ihr nicht ermöglicht, rechtzeitig dieses Quantum herzustellen und ihre in den Magazinen lagernden Vorräte zu ergänzen, für die die Abgaben bezahlt waren. Sie bittet daher die Kommission der Finanzen und Forsten um die Ermächtigung, die 1000 Hektoliter reinen Alkohol, um die es sich hier handelt, auf die Vorräte vorweg nehmen zu dürfen zur zollfreien Ausfuhr und sie dann in den Vorräten durch 1000 Hektoliter reinen Alkohol neuer Fabrikationen ersetzen zu dürfen. Diese Ermächtigung wurde am 31. Oktober 1923 unter der Bedingung bewilligt, daß die ausgeführten 1000 Hektoliter vor dem 31. März 1924 im Lagerbestande ersetzt würden, was auch geschehen ist. Nun hat am letzten 26. Mai dieselbe Kommission der Finanzen und Forsten Herrn Schick mitgeteilt, daß auf eine offenbar von einem Konkurrenten stammende Beschwerde die erwähnte Ermächtigung widerrufen worden sei, da sie zu Unrecht erteilt sei, und daß die Steuern für die so ausgeführten Waren in Höhe von 500 000 Frs. innerhalb 14 Tagen bezahlt werden müßten.

Es ist vollkommen klar, daß, wenn die Ermächtigung nicht erteilt worden wäre, die Firma Schick die 1000 Hektoliter Alkohol in Deutschland nicht geliefert hätte, da die 500 000 Franken Steuern für diese Lieferung sogar den Wert des Verkaufs selbst übersteigen. Das Geschäft wäre annulliert und erledigt gewesen. Wenn man aber nach fünf Monaten so bedeutende Steuer anfordert, ohne Zahlungserleichterung und mit solch kurzer Befristung, so heißt das, ein Handelshaus in eine unmögliche Lage bringen; ein Ergebnis, welches die hohe Kommission sicher nicht gewollt hat.

Wenn der Schlußartikel der Verordnung über die Abgaben anscheinend besagt, daß die bezahlte Steuer nicht zurückgezahlt werden kann, so gibt der § 108 des Gesetzes über die Steuererhebung dem Minister diese Möglichkeit, mit Rücksicht auf den offenbar guten Glauben des Händlers, da ihm ja eine Frist bewilligt wurde, um den Vorrat an Alkohol, für den die Abgaben bezahlt sind, zu ergänzen; da ferner die Tatsache besteht, daß der Fehler, sofern ein solcher vorliegt, von der Verwaltung und nicht vom Händler gemacht wurde, der das erwähnte Geschäft nicht gemacht hätte, wenn die Ermächtigung nicht erteilt worden wäre; — aus all diesen Gründen darf die Regierung entscheiden, daß in Anbetracht der Umstände die Entscheidung vom 26. 5. nachgelassen oder annulliert wird.

Der vollständige oder annähernd vollständige Nachlaß der Steuern hätte nach meiner Auffassung den doppelten Vorteil, daß er dem im guten Glauben handelnden Kaufmann gerecht würde, ohne die Verwaltung offen ins Unrecht zu setzen.

Auf jeden Fall werde ich, da ich am Samstag, den 14. d. M. aus verschiedenen Gründen in Saarbrücken sein muß, mir die Ehre geben, bei Ihnen vorzusprechen und Ihnen u. a. auch diese Angelegenheit vortragen, die Gegenstand dieses allzulangen Briefes ist. Ich rechne darauf, daß bis dahin keine Maßnahme getroffen wird, die eine unwiderrufliche Regelung bedeuten würde.

Gestatten Sie . . . usw.

gez.: General Hirschauer.

Die „Saarbrücker Landeszeitung" macht zu dieser Angelegenheit noch folgende Angaben:

Einige Wochen vorher, am 26. 4. 1924, hatte der Finanzminister in einer Entscheidung festgelegt, daß die Genehmigung der Rückvergütung der Steuer gegen das Gesetz verstoße und er hatte infolgedessen angeordnet, daß der Betrag von etwa 500 000 Franken beim Schickonzern eingezogen werden solle. Nach Eingang des Schreibens von Hirschauer wurden Schick jedoch von dieser Summe 400 000 Franken erlassen. Die Wahrscheinlichkeit spricht sehr dafür, daß das Schreiben auch noch seine Wirkung getan hat bei der Unterlassung der Nachversteuerung beim Schickonzern in Höhe von rund 5 Millionen Franken. Danach ist an unserer Behauptung, Präsident Rault habe sich zum Nachteil der saarländischen Finanzen zugunsten eines französischen Spritschiebers eingesetzt, wohl kein Zweifel möglich. Es geht daraus hervor, daß nicht, wie der Völkerbundsrat es will, die Wohlfahrt der Saarbevölkerung, sondern unberechtigte Privatinteressen französischer Landsleute die Richtschnur des Handelns des Präsidenten gewesen sind. Der Fall Schick ist übrigens nicht das einzige Beispiel dafür, daß es dem französischen Einfluß in der Regierungskommission gelungen ist, den saarländischen Steuerfiskus zugunsten französischer Firmen um Hunderttausende von Franken zu schädigen, worüber gelegentlich noch etwas Näheres zu sagen sein wird. Eins können wir dem neuen Mann in der Präsidentschaft schon heute sagen, ohne überhaupt seine Persönlichkeit zu kennen: wenn er nicht die Methoden ändert, d. h. das sich hier in der Verwaltung breit machende illegitime französische Uebergewicht in seine Schranken zurückweist, dann wird sein Name in der Saarbevölkerung und vor der Geschichte kaum einen rühmlicheren Klang haben als der des abgehenden Präsideten Rault.

Vom französischen Propagandadienst.

Rault Leiter der französischen Propaganda?

Gelegentlich der Erörterungen über die Wahlen eines neuen Vorsitzenden der Regierungskommission machte das „Echo de Paris" sehr wertvolle Eingeständnisse, aus welchen zu entnehmen ist, in welch unglaublich dreister Weise die französischen Beamten der Saarregierung sich in den Dienst der französischen Propaganda gestellt haben. Bekanntlich soll die Saarregierung das Saargebiet treuhänderisch verwalten, d. h. es darf weder für die eine noch für die andere Seite seine Maßnahmen treffen, sondern, wie der Generalauftrag des Völkerbundes an die Regierungskommission lautet, allein auf die Sicherung der Wohlfahrt und der Rechte der Saargebietsbevölkerung bedacht sein. Daß Herr Rault und die ihm unterstellten französischen Beamten, die mehr als 75 Prozent des gesamten Beamtenstabes der Saarregierung ausmachen, sich an diesen Auftrag nicht ein einziges Mal gekehrt haben, ist keine Neuigkeit. Daß aber der französische Delegierte in der Saarkommission — was bisher der Präsident der Saarkommission, Herr Rault, war — gleichzeitig auch die Leitung der französischen Propaganda zu überwachen hatte, das erfährt man erst aus dem „Echo de Paris". Das Blatt schreibt hierzu unter anderm:

„Der französische Delegierte für die Regierungskommission des Saargebiets müsse sich als neutral betrachten und könne daher die Leitung der französischen Propaganda im Saargebiet nicht übernehmen. Bis jetzt sei das miteinander verbunden worden und das sei die Hauptursache der absoluten politischen Untätigkeit gewesen. Der französische Delegierte müsse denjenigen freie Hand lassen, die sich mit der Organisation dieser Propaganda beschäftigen wollen und man dürfe nicht versuchen, dieses System zu stören, was bis jetzt zu oft der Fall gewesen sei. Die Aera des Schweigens über das Saargebiet müsse als beendet angesehen werden. Das Blatt hat kein Vertrauen in Kandidaten für den Posten des französischen Delegierten, die sich augenblicklich im Saargebiet aufhalten. Sie seien zu sehr an die Politik absoluter Untätigkeit gewöhnt. Das Blatt drückt sich auch mißtrauisch gegen den augenblicklichen Generalsekretär der Regierungskommission, Morize, aus, und zwar deshalb, weil er von der Saarbrücker Zeitung" und der „Frankfurter Zeitung" für den Posten empfohlen worden sei.

Wertvoll ist, so bemerkt hierzu die „Sbr. Ztg.", das zynische Eingeständnis des Bestehens einer französischen Propaganda im Saargebiet, als deren Chef ganz offen das französische Regierungsmitglied reklamiert wird. Vielleicht merkt jetzt auch der Völkerbundsrat, daß die Forderung der Saarbevölkerung nach einem gründlichen Abbau der überflüssigen französischen Beamten in der Zentralverwaltung durchaus berechtigt ist.

Ein Konkurs mit politischem Hintergrund.

Die Eröffnung des Konkursverfahrens gegen den Betriebsunternehmer auf Grube Reisweiler-Labach, Wilhelm Reinhard in Saarbrücken, ist im Saargebiet nicht nur mit Genugtuung vermerkt, sondern auch mit den erforderlichen Randglossen versehen worden. Dieser Wilhelm Reinhard und sein Grubenunternehmen in Reisweiler-Labach hat eine interessante Vorgeschichte, mit der wir uns bereits vor einigen Jahren ausführlicher befaßt haben. Reinhard war früher „Königl. Preußischer Steiger", was ihn aber nicht hinderte, alsbald mit den Franzosen in engere Fühlung zu treten. Bekanntlich sind nach den Versailler Diktatsbestimmungen sämtliche Grubenanlagen, die nach dem genannten Saarstatut im abgegrenzten Saargebiet liegen, Eigentum des französischen Staates geworden, ohne Rücksicht darauf, ob es sich um Staats- oder Privatgruben handelte. Sämtliche Saargruben wurden dann auch mit Ausnahme der Grube Frankenholz vom französischen Fiskus ausgebeutet und verwaltet, und nur einem einzigen Deutschen gelang es, von den Franzosen eine Grubenanlage pachtweise zu erhalten, und dieser heißt Wilhelm Reinhard!

Womit hatte sich Herr Reinhard dieses besondere Vertrauen und dieses Wohlwollen der Franzosen erworben? Man fand eine Erklärung bereits zur Zeit der Saarbund-Agitation, als man plötzlich Herrn Reinhard in den Reihen dieses Bundes kämpfen sah, kämpfen gegen sein Vaterland, gegen seine Stammesgenossen an der Saar. Reinhard ist es gewesen, der während des Ruhrkampfes eine Broschüre verfaßte und sie dem französischen Propagandadienst zur Verfügung stellte, die von Verunglimpfung Preußens und Deutschlands geradezu triefte. Es war auch nicht von ungefähr, daß Reinhard Villennachbar Richerts auf dem Triller wurde — heute allerdings steht dieses feudale Besitztum ebenfalls zum Verkauf! Woher hatte Reinhard die doch ganz bestimmt nicht geringen Summen, die für die Pachtung der Grube Reisbach-Lebach, für die Erwerbung seines Grundstücks auf dem Triller notwendig waren? Auch hierfür erhält man jetzt eine Aufklärung oder richtiger eine Bestätigung dessen, was man sich schon lange im stillen sagte. Ist es wirklich nur ein zufälliges Zusammentreffen, daß wenige Wochen nach dem Zusammenbruch des „Neuen Saar-Kurier" jetzt das Reinhardsche Grubenunternehmen den Konkurs anmeldet? Oder wenn man noch präziser fragen will: ist es reiner Zufall, daß der von dem französischen Minister de Monzie angeordnete Abbau der französischen Propagandaorganisation im Saargebiet das unmittelbare Eingehen des „Saar-Kurier" und wenige Wochen später den Konkurs Reinhards herbeiführte? Auch ohne diese Frage näher zu beantworten, ergibt sich für jeden Kenner ein Zusammenhang zwischen diesen beiden Erscheinungen. Wenn sich Ursache und Wirkung so deutlich nach außen hin zeigen, dann erübrigt sich jede weitere Erklärung. Schöttler ist, durch die französischen Propagandafranken gebrandmarkt, nur wenige Wochen früher den Weg gegangen, den heute Reinhard gehen muß. Wo die französischen Propagandaquellen versiegen, müssen alle künstlichen Gebilde, die aus diesen Quellen ihre Nahrung sogen, verdorren, verderben. Man wird hiernach mit Sicherheit heute die Bestätigung für manchen Verdacht erhalten, wenn man sieht, wie ein Unternehmen nach dem andern zusammenbricht, das in der Blüte französischer Propaganda groß und mächtig dastand. Wie Schöttler und Genossen den verdienten Lohn erhielten, so erhält ihn jetzt Reinhard, der einstige „Königl. Preußische Steiger", der, wenn wir nicht irren,

auch heute noch seine Pension von der preußischen Verwaltung bezieht. Sollte bisher keine Möglichkeit bestanden haben, an eine Revision dieser Pensionszahlungen heranzugehen, so dürfte heute der Zusammenbruch seines Unternehmens infolge des Abbaus der französischen Propaganda die geeignete Gelegenheit hierfür geben.

Kleine politische Umschau.

Die Elsaß-Lothringer Gaswerke gegen die teuren Saarkohlen.

Die Direktion der Gaswerke in Elsaß-Lothringen befaßte sich kürzlich in einer in Straßburg abgehaltenen gemeinsamen Aussprache mit der zunehmenden Verteuerung der Saarkohlen durch die französische Bergwerksdirektion. Insgesamt waren 21 Elsaß-Lothringer Gaswerke vertreten, die in einer Entschließung ihrer großen Entrüstung Ausdruck gaben über die von den „Mines domniales de la Sarre" beschlossene neue Kohlenpreissteigerung. Wie in der Entschließung weiter ausgeführt wird, ist festgestellt worden, daß die für die elsaß-lothringischen Werke bestimmten Kohlen zu Anfang dieses Jahres beträchtlich (um 25 bis 28 Franken die Tonne) erhöht worden sind und sich für die elsaß-lothringischen Werke auf 100 bis 120 Franken die Tonne stellen, während der Preis der Saarstückkohle vor dem Kriege durchschnittlich 17,50 Franken betrug, was eine sechs- bis siebenfache Verteuerung gegenüber dem Vorkriegspreis bedeutet. Diese neuen Kohlenpreise für die Werke in Elsaß-Lothringen sind zudem auch bedeutend höher als die Preise für die Werke im Innern Frankreichs; sie werden eine neue Steigerung der gegenwärtigen Teuerung hervorrufen, was allen logischen und Billigkeitsrücksichten widerspricht, und dies um so mehr, als diese Maßnahmen von einer Verwaltungsstelle des Staats vorgenommen wird. — Durch diese Entschließung wird aufs neue erwiesen, daß die Saarkohlen im Innern Frankreichs billiger den Verbrauchern zugeführt werden als am Erzeugungsort, worauf die Saarindustrie schon wiederholt hingewiesen hat.

Man wird neugierig sein dürfen, ob den Elsaß-Lothringern ein größerer Erfolg beschieden sein wird als der Saargebietsbevölkerung, die schon wiederholt, allerdings vergeblich, gegen diese eigenartige Kohlenpreispolitik der französischen Saargruben Einspruch erhoben hat.

Interessantes vom Saarländischen Verkehrsbureau.

Wie man erfährt, ist der bisherige Geschäftsführer des Saarländischen Verkehrsbureaus, Paul Hoffmann, mit dem 1. Januar von diesem Posten zurückgetreten. An seine Stelle ist, wie wir zuverlässig erfahren, der französische Oberleutnant der Reserve Cristin gewählt worden. Es erhebt sich somit die Frage, ob es sich bei dem Saarländischen Verkehrsbureau noch um ein deutsches oder um ein französisches Unternehmen handelt. Herr Cristin hat bekanntlich in den ersten Jahren der französischen Besatzung im Saargebiet die Rolle eines Geheimmilitärstaatsanwalts für die französische Saararmee innegehabt und stand als solcher an der Spitze der französischen militärischen Spitzelorganisationen. Herr Cristin ist es gewesen, der während und nach dem Generalstreik der saarländischen Beamtenschaft im August 1920 auf Grund seiner Geheimakten die Anklagen vor allem gegen die saardeutschen Redakteure erhob und der auf Grund gefälschter Angaben die Ausweisung eines großen Teiles dieser Saarredakteure durchsetzte. Dieser Mann steht heute an der Spitze des Saarländischen Verkehrsbureaus, so daß man annehmen muß, daß er hier eine besondere politische Aufgabe erfüllen soll.

Abbau der französischen Schulen.

Wie anderwärts, so verlautet auch aus Neunkirchen, daß zu Ostern d. Js. die französischen Schulen in Neunkirchen aufgelöst werden sollen. Es steht noch nicht fest, ob sämtliche Schulen oder nur einige Klassen aufgehoben werden sollen.

Zollschikanen und kleiner Grenzverkehr.

Zu diesem Thema finden sich in einer der letzten Nummern des „Deutschen Metallarbeiters" des Saargebiets verschiedene beachtenswerte Bemerkungen, die darlegen, mit welchen Schikanen die in der Saarindustrie beschäftigten, aber außerhalb des Saargebiets wohnenden Arbeiter täglich zu rechnen haben. Es ist schon in den verschiedenen Debatten im Reichstag darauf hingewiesen worden, in welcher Notlage sich gerade diese Arbeiter, für die die etwas unglückliche Bezeichnung „Saargänger" geprägt wurde, befinden, weil einmal die Löhne im Saargebiet an sich niedrig sind, zum andern aber durch Umrechnung in Goldmark diese außerhalb des Saargebiets eine wesentlich geringere Kaufkraft als im Saargebiet haben. Es ist also erklärlich, daß mancher Arbeitsmann versucht, einen Teil seines Arbeitslohnes in Gestalt von Nahrungsmitteln usw. am Orte des Verdienstes in Sachwerten anzulegen, sei es auch nur, daß er ein Brot, ein Pfündchen Fleisch oder ähnliches mit nach Hause zu nehmen versucht, um dadurch die Lebenshaltungskosten herabzudrücken. Hier greift sofort die Zollbehörde ein, die keine Ausfuhr derartiger Waren aus dem Saargebiet duldet, vielmehr solche als „Schmugglerware" verzollt oder beschlagnahmt. Seitdem der kleine Grenzverkehr durch die Schuld der französischen Zollbehörden eingestellt wurde, haben sich an den Grenzstationen unhaltbare Zustände herausgebildet. Dem damaligen französischen Minister der öffentlichen Arbeiten, Herrn de Monzie, waren seinerzeit die Beschwerden über die Zollschikanen seitens der Organisationsführer in Saarbrücken und auch in Paris vorgetragen worden. Eine Woche war Besserung zu verzeichnen, nachher war es um so schlimmer. In einer Besprechung mit Herrn Minister Koßmann und Generalsekretär Morize wurden ebenfalls Mittel und Wege gesucht, um die bitter notwendigen Zollerleichterungen für die Arbeiterschaft zu fordern.

Für die außerhalb des Saargebietes wohnenden Belegschaftsmitglieder der Saargruben richteten die beiden Berg- und Metallarbeiterverbände eine Eingabe an den Herrn Minister de Monzie und ersuchten nochmals um dessen Einwirkung zwecks Regelung des kleinen Grenzverkehrs. Ebenfalls wandten sich die Metallarbeiter noch besonders mit einer Eingabe an den französischen Finanzminister, dem bekanntlich, wie auch in Deutschland, die Zölle unterstellt sind. Darin hieß es u. a.:

„. . . Infolge des Währungsunterschiedes zwischen Frankreich und Deutschland sind selbstverständlich die Preise für Lebensmittel usw. in Deutschland teurer als im Saargebiet. Dazu kommt, daß die Löhne im Saargebiet sehr niedrig sind, so daß die außerhalb des Saargebietes wohnenden, aber im Saargebiet selbst beschäftigten Arbeiter nicht in der Lage sind, ihre Existenz zu fristen.

Die genannten Arbeiter sind gezwungen, um mit ihren Familien einigermaßen leben zu können, sich einige Lebensmittel bei ihrer täglichen Heimkehr aus dem Saargebiet zu ihrem Wohnort mitzunehmen.

Es handelt sich in der Hauptsache um Brot, Fleisch bzw. Fleischwaren, Butter, Fett, Teigwaren, Zucker, Hülsenfrüchte, Kaffee, Oel, Suppeneinlagen, Seife u. a. m.

Diese zum Leben und Unterhalt der Familien notwendigen Gegenstände werden aber der Arbeiterschaft von den französischen Zollbeamten restlos abgenommen. In Deutschland selbst können diese Saararbeiter mit ihrem geringen Lohne die obengenannten Gegenstände nicht kaufen, so daß in den Familien das größte Elend herrscht.

Ebenfalls wäre die Mitnahme von einigen anderen Verbrauchsgegenständen für den persönlichen Bedarf (Anzug, Schuhe, Strümpfe usw.) zu gestatten. Die ganzen Schwierigkeiten würden beseitigt werden, wenn der sogenannte kleine Grenzverkehr wieder hergestellt würde . . ."

Bisher ist eine Neuregelung der Verhältnisse in dem erwünschten Sinne noch nicht eingetreten.

Steuerpolitik im Interesse der Franzosen.

Dem Landesrat ist von der Regierungskommission ein Entwurf betreffend Abänderung der Umsatzsteuerordnung vom 8. Dezember 1923 zugeleitet worden. Danach soll die allgemeine Umsatzsteuer von 1,1 Prozent auf 1,3 Prozent und die erhöhte Umsatzsteuer (Luxussteuer) von 10 Prozent auf 12 Prozent erhöht werden. Steuerbefreiungen sind vorgesehen für den Handel mit Schlachtvieh und Gefrierfleisch. Neben der Erhöhung der Luxussteuer soll eine wesentliche Erweiterung der Liste luxussteuerpflichtiger Gegenstände vorgenommen werden. Die Regierungskommission hat dem Entwurf ein neues Verzeichnis dieser Waren beigefügt. Ein Vergleich zeigt, daß die Regierungskommission praktisch im Saargebiet die französischen Luxussteuerlisten einführen will. Bekannt ist, daß sich die französischen Luxussteuerlisten dadurch auszeichnen, daß sie in rücksichtsloser und übertriebener Weise große Teile des Verbrauchs der preisverteuernden Luxussteuer unterwerfen. Dem Verordnungsentwurf ist eine Begründung beigefügt, die aber diesen Namen nicht verdient, weil sie tatsächlich nichts begründet.

Der Schutzverein für Handel und Gewerbe nennt dieses Steuerobjekt unglaublich und unannehmbar. Für diese Art Wirtschafts- und Steuerpolitik gebe es nur ein Kopfschütteln. Die Regierungskommission scheine übrigens selbst die Mängel ihres Verordnungsentwurfes zu kennen, denn sie hat ihn entgegen den sonstigen Gepflogenheiten nicht mit einer Unterschrift versehen.

Die Hütten- und Metallindustrie des Saargebiets.

Eine interessante Zusammenstellung der einzelnen Werke der saarländischen Hütten- und Metallindustrie gibt in einer ihrer letzten Nummern der „Deutsche Metallarbeiter" für das Saargebiet. Danach sind im Saargebiet vorhanden:

A. Schwerindustrie (Hochöfen, Stahl- und Walzwerke)

1. Aciéries et Usines a Tubes de la Sarre:
   a) Röhrenwerk Bous,
   b) Gußstahlwerk Burbach.
2. Aktiengesellschaft der Dillinger Hüttenwerke, Dillingen-Saar.

3. Halbergerhütte G. m. b. H., Brebach-Saar.
4. Neunkircher Eisenwerk A.-G., vorm. Gebr. Stumm, Neunkirchen-Saar.
5. Röchling'sche Eisen- und Stahlwerke, Völklingen.
6. Société des Hauts Fourneaux et Aciéries de Differdangs — St. Ingbert — Rumelange, St. Ingbert-Saar.
7. Vereinigte Hüttenwerke Burbach—Eich—Düdelingen:
   a) Abteilung Burbach,
   b) Gußstahlwerk Burbach.

B. Weiterverarbeitende Eisenindustrie.

8. Gebrüder Adt, Aktiengesellschaft, Ensheim-Saargebiet.
9. Bohr- und Schrämkronenfabrik, G. m. b. H., Sulzbach-Saar.
10. Brown Boveri & Cie., Akiengesellschaft, Saarbr. 3.
11. Dillinger Eisen- und Maschinenbau-A.-G., Dillingen-Saar.
12. Dudweiler Eisenbauanstalt, G. m. b. H., Dudweiler-Saar.
13. Ehrhardt & Sehmer, A.-G., Maschinenfabrik, Saarbrücken 2.
14. Eisenwerk Fraulautern, A.-G., Fraulautern-Saar.
15. Adolf Fritze, Maschinenfabrik, Saarbrücken 2.
16. Gesellschaft für Förderanlagen Ernst Heckel m. b. H., Saarbrücken 3.
17. Georg Heckel, G. m. b. H., Drahtseilfabrik, Saarbr. 3.
18. Heckel & Nonnweiler, Saarbrücken 1.
19. Homburger Eisenwerk, A.-G., vorm. Gebr. Stumm, Homburg-Saargebiet.
20. Fr. Karcher, C. Roth & Co. m. b. H., Beckingen-Saar.
21. C. Koch, Eisengießerei, Saarbrücken 1.
22. Gebrüder Köhl, Saarbrücken 3.
23. Fr. Krämer, Wagenfabrik, Saarbrücken 3.
24. Fr. Krempel, Eisengießerei, Homburg-Saargebiet.
25. G. Kromschröder, A.-G., Saarlouis.
26. Ad. Langhammer, Maschinenfabrik, Gersweiler-Saar.
27. Gebr. Lüttgens, Waggonfabrik, Saarbücken 5.
28. Mechanische Drahtgewebe- und Handelsgesellschaft, Saarbrücken 1.
29. Mulag-Reparaturwerkstätten, Adam Hermanns, Saarbr. 1.
30. L. Pabst & Sohn, Saarbrücken 2.
31. Poensgen & Pfahler, Dampfkesselfabrik, Rohrbach bei St. Ingbert.
32. Albert Remy, Hammerwerk, Neunkirchen-Saar.
33. Karl Reuther Söhne, Saarbrücken 1.
34. Rhein. Armaturen- und Maschinenfabrik vorm Keuth & Zenner, G. m. b. H., Saarbrücken 3.
35. Saarbrücker Backofen- und Bäckereimaschinenfabrik, W. Schneider, Saarbrücken 3.
36. Saarbrücker Hebezeugfabrik, Kaufmann & Weinberg, Stahlhammer bei Saarbrücken.
37. Saarbrücker Kunstgewerbliche Werkstätte, Ferd. Reuther, G. m. b. H., Saarbrücken 3.
38. Saarbrücker Nieten- und Kettenfabrik, Saarbrücken 6.
39. Saarländisches Stahlwerk Dingler, Karcher & Co., G. m. b. H., Saarbrücken 3.
40. Saar-Lothringer Eisenindustrie G. m. b. H., Saarlouis.
41. Wilhelm Schmidt & Co., G. m. b. H., Saarbrücken 3.
42. Wilhelm Schulde, Eisengießerei, Dudweiler-Saar.
43. Adolf Schwinn, Gesenkschmiederei, Homburg-Saargebiet.
44. B. Seibert, G. m. b. H., Eisenhoch- und Brückenbau, Saarbrücken 1.
45. Triumph-Fahrrad-Werke A.-G., Saarbrücken 1.
47. Werkzeug- und Maschinenfabrik „Glückauf", Saarbr.
48. Wommerwerk, Otto Wommer, Saarbrücken.
49. Zählerwerke G. m. b. H., Saarbrücken.

Erinnerungen einer 84jährigen an die 7. Ulanen.

Einem ehemaligen 7.-Ulanen-Rittmeister ging kürzlich ein Brief von einer 84jährigen St. Johannerin zu, die in der Mainzer Straße lange Jahre eine kleine Wirtschaft betrieb. Aus dem Brief spricht die treue Anhänglichkeit dieser alten Frau an die 7. Ulanen und an die alten Zeiten; es spricht aus ihm die unerschütterliche Treue zum deutschen Vaterland und ihr Stolz darüber, daß das ganze Saargebiet sich so einmütig zu deutscher Treue zusammenfindet. Wir geben aus diesem Brief, der beweist, wie frisch, hoffnungs- und erinnerungsfroh das Herz dieser 84jährigen Saardeutschen ist, die Stellen wieder, die sich auf die allgemein politischen Verhältnisse im Saargebiet beziehen. Zunächst gelten ihre Zeilen den 7. Ulanen. Sie schreibt hierzu u. a.:

Die Erinnerung an das geehrte Ulanenregiment zwingt mich, Herrn Rittmeister einige Zeilen zu schreiben. Es ist nämlich ein ehemaliger sehr geehrter und deutscher 7. Ulan gestorben. Selten, daß ein Mann so an seinem Stammregiment mit hoher Verehrung und Liebe hängt, wie dieser 79jährige Verstorbene. Herr Rittmeister werden sich seiner noch erinnern, denn er war immer an der Geburtstagsfeier bei uns in der 4. Eskadron, kam immer nach der Feier zu mir ins Geschäft und erzählte mir, in der 4. Eskadron wäre es am schönsten gewesen, er bewunderte immer die schönen Offiziersdamen und erklärte, die Soldaten hätten doch die meiste Disziplin. Der Verstorbene hat 70 die erste Patrouille gegen den Feind geritten. Nach seiner Rückkehr war er Mitbegründer des Saarbrücker Krieger-Vereins. Denke man an den Zufall. Der Krieger-Verein war seit dem Umsturz eingegangen. Die Saarbrücker kerndeutschen Leute haben den Verein wieder hochgebracht und Herr Remm war der erste, welcher wieder mit dem Krieger-Verein beerdigt wurde. Auch die ehemaligen Ulanen haben sich wieder aufgerafft. Seit sie von Schöndorf zurück sind, halten sie wieder Monatsversammlungen ab und aus der Anzeige können Herr Rittmeister ersehen, daß auch die Ulanen geschlossen an der Beerdigung teilgenommen haben. Die Einweihung in Schöndorf hat wieder viele aufgerüttelt. Die Dragoner und Siebziger sind am Sammeln, um Denkmäler zu bauen.

Deutschland ist noch nicht verloren, der alte Geist lebt noch, das zeigte die Jahrtausendfeier im vorigen Jahre. Die große Dekoration ist es nicht allein, die ein unvergängliches Deutschtum bezeugt, aber die Einzelheiten von allen Klassen muß man gesehen und erlebt haben. Der Vorabend wurde mit einem Freudenfeuer und Musik im Stadtwald von St. Johann eröffnet. Daran hatten sich 30 000 Menschen beteiligt. Der Sonntag brachte den Fackelzug mit 40 000 Mann, 15 Mann Musik-Abteilung. Ein Straßenbahnwagen mit 1000 Flammen eröffnete den Zug. Die alten Veteranen wurden in den Wagen nachgefahren. Kein Wagen war ohne Schmuck und Fähnchen, jeder Bäckerjunge hat den Korb auf dem Rücken geschmückt, den Fahrradgriff mit einem Schild versehen „Deutsch ist die Saar immerdar". Die Lastautos hatten am schönsten geschmückt und die Pferdefuhrwerke waren großartig. Das größte Wunder war aber Alt-Saarbrücken. In den engeren Gassen in den kleinen Höfen, wo die niedrigen Häuser stehen und nur arme Leute wohnen, da konnte man sehen, wer deutsch ist, denn da war auch jede Haustür, wenn noch so klein, mit einer Girlande und Schild versehen. Die Beleuchtung am Abend ein Lichtmeer. Der Winterberg mit seinem Denkmal war feenhaft.

Alles was die Ulanen anbetrifft, kann man nicht vergessen. Sonst ist es hier nicht gut. Die vielen fremden Eindringlinge haben nichts Gutes mitgebracht, wir hoffen nur noch auf den lieben Gott, er möge uns das Alte wieder bescheren.

Soweit der Brief einer alten treuen Saarländerin; wahrlich, man kann es verstehen, daß selbst die Franzosen jetzt eingestehen, daß sie das Spiel an der Saar verloren haben. So denken die Alten, und die Jungen stehen ihnen nicht nach. Unsere alte Freundin hat recht: „Deutschland ist noch nicht verloren, Deutschland und das Saargebiet nicht!"

Kleine Tageschronik.

Der Volkstrauertag im Saargebiet.

Wenn irgendwo in unserem Vaterlande, dann wurde am 28. Februar im Saargebiet der deutsche Volkstrauertag würdevoll und in voller Einmütigkeit begangen. In allen größeren Ortschaften — auch in den im bayerischen Teil des Saargebietes liegenden — vor allem aber in des Saargebietes Hauptstadt Saarbrücken, waren dafür große Vorbereitungen getroffen worden. Alle irgendwie für die Veranstaltung in Frage kommenden Personen und Stellen wetteiferten geradezu, den Tag zu einem Ehrentag zu gestalten. Da gab es keinen Gegensatz politischer, konfessioneller oder sonstiger Art. In allen Kirchen fanden feierliche Trauergottesdienste statt und von ihren Türmen erscholl überall Trauergeläute. Katholische und evangelische Pfarrer und israelitische Rabbiner teilten sich mit den Vertretern der Gemeinden und Vereine in die auf den Friedhöfen und an den Denkmälern zu haltenden Ansprachen. Weltliche und kirchliche Vereine verschiedenster Art hatten sich eigens für den Volkstrauertag zusammengefunden, um sich gemeinsam mit ihren Fahnen und Bannern mit Trauerflor an den Feierlichkeiten zu beteiligen und an den Gräbern und Denkmälern Kränze niederzulegen. Zu Massenchören vereinigte Musik- und Gesangvereine brachten dem Tage entsprechende Darbietungen zu Gehör. Um den vielen, vielen tausenden Teilnehmern Fahrgelegenheit zu geben, wurde mehrfach ein besonderer Pendelverkehr der Straßenbahnen zwischen Ortschaften und Friedhöfen eingelegt. Vielfach fand man sich auch in Sälen zu einer Weihestunde zusammen. Allenthalben wehten von den Häusern Fahnen verschiedener Art — auch Schwarz-Rot-Gold neben Schwarz-Weiß-Rot-Halbstock friedlich nebeneinander und allgemein gewann man den Eindruck, sich in einem trauernden deutschen Lande zu befinden.

In den Reden und Ansprachen kam nicht nur — wenn auch selbstverständlich ganz überwiegend — die Trauer um unsere gefallenen Helden zum Ausdruck, sondern sie waren vielfach auch ein feierlich ernstes Bekenntnis zum Deutschtum, wobei, ohne Haß und Anklagen gegen Frankreich zu äußern, die tiefe Sehnsucht nach Freiheit und nach baldiger Wiedervereinigung mit dem geliebten deutschen Vaterlande immer wieder hervorklang.

So wurde denn der 28. Februar für das Saargebiet nicht nur ein würdiger Trauertag für die Gefallenen, sondern auch ein Beispiel deutscher Einigkeit und deutscher Treue. Hier an der Saar, wo die reindeutsche Bevölkerung bereits seit November 1918 unter einer Fremdherrschaft leben muß, ist man sich immer mehr darüber klar geworden, wie notwendig wir Deutsche die Einigkeit haben, und daß es Fragen gibt, die mit Parteipolitik wirklich nichts zu tun haben. Vielfach reichten sich an den Gräbern auch die die Hand, die sich sonst politisch stark bekämpfen. Der deutsche Volkstrauertag 1926 wurde hier an der Saar, ebenso wie es die im vergangenen Jahre abgehaltene Jahrtausendfeier war, ein großes deutsches Erlebnis für die ganze Bevölkerung. Nur kam zu der tiefen Trauer um unsere gefallenen Helden leider auch der bittere Schmerz darüber, daß man sich nicht im ganzen deutschen Vaterlande ebenso geschlossen und einig wie hier zusammengefunden hat, um in voller Einmütigkeit derer zu gedenken, die für unser Vaterland ihr Leben hingeben mußten.

Hoffentlich wird das Beispiel der Einigkeit, das das Saargebiet zum wiederholten Male in so eindrucksvoller Weise gegeben hat, recht bald im ganzen Reiche Nachahmung finden; denn es wäre für das deutsche Volk beschämend, wenn es sich selbst nicht einmal an dem Tage, an dem es gilt, unserer gefallenen Brüder zu gedenken, bereit finden würde, seine politischen und sonstigen Gegensätze zurückzustellen oder gar noch einen Unterschied zwischen Nord und Süd machen wollte. Wenn wir wieder zu innerer Gesundung und zur Weltgeltung kommen wollen, muß das Trennende zurückgestellt und das Einende mehr als bisher hervorgehoben werden.

✤

Brebach: Ende Februar zählte unser Ort 21 160 Einwohner gegen 21 137 im Monat zuvor.

Klarenthal. Nach 43jähriger Tätigkeit im Schuldienst unserer Gemeinde trat Hauptlehrer Wilhelm in den wohlverdienten Ruhestand. Gemeindeschulvorstand und die verschiedenen Vereine veranstalteten eine gemeinsame Gemeindefeier, um dem Dank der Gemeinde für den verdienten Schulmann sichtbaren Ausdruck zu geben. Schon vorher war ihm durch den Bürgermeister und Schulvorstand das mit Widmung versehene Werk „Der Rhein" überreicht worden. Während des Ehrenabends wies Bürgermeister Müller auf die Verdienste des in den Ruhestand tretenden Hauptlehrers Wilhelm sowohl auf dem Gebiete der Kindererziehung, wie des allgemeinen Gemeindewohls hin. So hat sich z. B. Wilhelm um die Erforschung der Ortsgeschichte Klarenthals verdient gemacht. Er ist Gründer des blühenden Obst- und Gartenbauvereins, Mitbegründer der Saar-Genossenschaftsbank, seinerzeitiger Leiter der Molkerei-Genossenschaft in Klarenthal, eifriger Förderer der Interessen der Gesang- und Turnvereine und ist zuletzt Inhaber verschiedener Ehrenämter. All das sagt uns, wie vielgestaltig das Wirken dieses Mannes war. Er war Gärtner im wahrsten Sinne, hatte sein eigenes Treibhaus, wo er den Gemeindebürgern mit den nötigen Anleitungen an die Hand ging und war mit großen Erfolgen Gärtner im Jugendgarten der Gemeinde.

Fürstenhausen. Tödlich verunglückt ist der jugendliche Arbeiter Georg Kreis von hier. Er war auf der elektrischen Zentrale beschäftigt und bediente den Betonaufzug. Dabei stürzte eine Mulde dem Kreis auf den Kopf, die ihn dann aus einer Höhe von 15 Meter in die Tiefe mitriß. Seinen schweren Verletzungen ist der junge Mann im Krankenhaus erlegen.

Sotzweiler. Die letzte Gemeinderatssitzung brachte u. a. auch das schon lange geplante Bahnprojekt Tholey—Lebach zur Aussprache. Hervorgehoben wurde das dringende Bedürfnis der Weiterführung der Bahn St. Wendel—Tholey—Lebach. Bürgermeister Haefner-Tholey soll mit Bürgermeister Lentes-Eppelhorn und dem Bürgermeister von Lebach weitere Schritte unternehmen. Des weiteren wird sich eine Bürgerversammlung mit dem Plan befassen.

Neunkirchen zählte Ende Februar 40 911 Einwohner gegen 40 885 im Monat vorher. — Um den Posten des neuen Stadtbürgermeisters haben sich insgesamt 47 Bewerber gemeldet. Davon sind die wenigsten aus dem Saargebiet. Kürzlich befaßte sich eine Sitzung der Beigeordnetetn und der Fraktionsführer mit der zu treffenden Wahl. Es wird angenommen, daß man, um Komplikationen mit der Saarregierung zu vermeiden, nur einen Bewerber aus dem Saargebiet nehmen wird. — Der hiesige Stadtrat befaßte sich in seiner letzter Sitzung unter anderm mit der Frage der Gründung einer gemeinnützigen Siedlungsgesellschaft, der die Aufgabe zufällt, billige Häuser mit Gärten zu erstellen, um dadurch dem Wohnungselend abzuhelfen. Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 310 000 Franken. Die Gründung wurde schließlich nach sehr eingehender Aussprache beschlossen.

Wiebelskirchen. In der Ottweiler Straße spielte sich am 10. März eine Bluttat ab, die leider ein Menschenleben kostete. In dem Hause des Versicherungsagenten Chr. Sahner wohnte der Bergmann August Kirsch. Durch Gerichtsbeschluß war Kirsch aufgefordert worden, die Wohnungsmiete an die Gerichtskasse bzw. an ein Krankenhaus in Neunkirchen zu zahlen, in dem die Frau des Sahner krank liegt. Mit dieser Entscheidung war Sahner nicht einverstanden und forderte von seinem Mieter, daß er die Miete an ihn persönlich zahlen solle. Deswegen kam es wiederholt zu heftigen Auftritten zwischen beiden, die an dem genannten Tage dazu führten, daß Sahner zum Revolver griff und Kirsch mit vier Schüssen niederstreckte. Der Täter wurde verhaftet, desgleichen seine Haushälterin, die der Anstiftung der Tat verdächtig sein soll.

Illingen. Die Bevölkerungszahl ist im Februar von 18220 auf 18240 gestiegen.

St. Wendel. Die auf dem Tholeyer Berg erstellten 11 Wohnhäuser mit 21 Wohnungen für französische Zollbeamte sollen am 1. April d. Js. bezogen werden. Die von diesen Beamten bewohnten Räume im hiesigen Aloysianum und dem der Stadt gehörenden Schmoll'schen Anwesen werden demnach frei. Das Aloysianum benötigt die Räume für die notwendige Erweiterung des Schülerheims, während im Schmoll'schen Hause die städtische Berufsschule untergebracht werden soll. Die anderen in der Stadt freiwerdenden Wohnungen bleiben für die französische Zollbehörde beschlagnahmt sodaß trotz des Bezugs von 21 neuen Dienstwohnungen zur Linderung der großen Wohnungsnot nicht eine Wohnung erübrigt wird. Es ist also überall dasselbe Lied: Die Staatsmänner versprechen in Locarno oder Genf oder Paris den schönsten Völkerfrühling, Milderung der Lasten usw. Die Lokalbehörden aber der Besatzung usw. kümmern sich den Teufel um solche Abmachungen, wissen sie doch nur zu genau aus Erfahrung, daß man es doch nicht ehrlich meint. So klagt die Bevölkerung der besetzt bleibenden Rheinlandzone, daß die Wohnungsnot zu- statt abnimmt, und so klagt man im Saargebiet, daß trotz aller schönen Reden von Genf Frankreich im Saargebiet das Kommando führt, weil sich die deutsche Regierung aus lauter Rücksicht eben alles bieten läßt!

Thalexweiler. Der 15 Jahre alte Peter Groß geriet durch einen Fehltritt in das Getriebe zweier Mühlenräder. Obwohl alsbald Hilfe zur Stelle war, hatte Groß so schwere Verletzungen an Kopf und Armen erlitten, daß er an den Folgen des Unfalles starb.

Bous. Ein blutiges Eifersuchtsdrama spielte sich hier in der Kaiserstraße ab. Dort verlangte an der Wohnung des Fabrikdirektors Haas der Witwer Jakob Andre aus Saarbrücken das Dienstmädchen Emma K. zu sprechen. Als dieses an der Tür erschien, schoß ihm Andre eine Kugel in die Brust und tötete sich durch einen Schuß in die Schläfe. Das Mädchen mußte dem Krankenhaus zugeführt werden. Anlaß zu dem Revolverattentat war die Zurückweisung seiner Werbung bei dem Mädchen, das längere Zeit als Stütze bei ihm im Hause war. Als Andre immer häufiger auf eine Heirat drängte, verließ das Mädchen seine Stellung, weshalb Andre den Entschluß faßte, das Mädchen und sich zu töten. Andre stand im 43. Lebensjahre, während die verletzte Emma K. 28 Jahre alt ist.

Beckingen. Zur großen Armee abberufen wurde einer unserer ältesten Kriegsveteranen von 1870/71, nämlich Johann Maurer, welcher im Alter von 81 Jahren starb. Unter großer Beteiligung der Bewohner Beckingens wurde er dieser Tage zu Grabe getragen.

Dillingen. Einige Arbeiter aus der Kesselschmiede der Dillinger Hütte waren mit Nietarbeiten an dem Hochofen, der einer vollständigen Renovierung unterzogen wird, beschäftigt. Der Kesselschmied Alb. Huwig, Dillingen, stürzte hierbei aus etwa 18 Meter Höhe in die Tiefe. H. wurde sofort in das hiesige Krankenhaus gebracht, wo man feststellte, daß der Unglückliche schwere innerliche Verblutungen, sowie einen Armbruch davongetragen hat. An seinem Aufkommen wird gezweifelt.

Wadgassen. Der 18 Jahre alte Wilhelm Scherer, Sohn des Bergmanns Nikolaus Scherer, hantierte mit einem Flobert herum, ohne sich zu vergewissern, daß noch ein Schuß im Laufe steckte. Dieser löste sich plötzlich und die Kugel drang dem jungen Mann in die Schläfe, so daß der Tod fast auf der Stelle herbeigeführt wurde. Der Vorgang ereignete sich vor den Augen der Eltern und Geschwister und ist um so tragischer, als wenige Augenblicke vorher der Vater den jungen Mann zur Vorsicht gemahnt hatte.

St. Ingbert. Die Arbeitsmarktlage hat sich im Laufe des Monats Februar bedeutend gebessert. Auch das Brebacher Hüttenwerk stellte eine größere Anzahl Erwerbsloser ein. — Unter Leitung eines früheren Militärmusikmeisters hat sich hier eine Musikkapelle gebildet, die sich den Titel „Städtisches Orchester" zulegte und sich ohne Gegenleistung in den Dienst der

Stadt stellen wollte. Der Stadtrat hat das abgelehnt und der Kapelle nicht gestattet, den genannten Titel zu führen. Nun nennt sich die Kapelle „Stadtkapelle Wilhelm". Auch das will die Stadtverwaltung nicht dulden und droht mit einer Klage, wenn die Kapelle weiterhin so firmieren sollte. Diese denkt aber nicht daran, ihren Namen zu ändern, da Stadtkapelle ein ganz allgemeiner Ausdruck ist und weiter nichts als das Gegenteil einer Dorfkapelle bedeutet.

Personalnachrichten.

Ihre goldene Hochzeit feierten Anfang März die Eheleute Schreinermeister J. Berg in Merzig.

Auf eine 30jährige Tätigkeit bei der Firma Franz Fiedler in Saarbrücken konnte in diesen Tagen der Zuschneider Peter Haag in Saarbrücken zurückblicken. 1908 war er Mitbegründer der jetzigen Uniformfabrik. Zu erwähnt werden verdient die Tatsache, daß bei der gleichen Firma ein 78jähriger — nämlich Wilhelm Hofrichter, trotz seines hohen Alters noch im Dienst ist und seinen Posten bei der Firma bereits 18 Jahre ausübt.

Sein 25jähriges Berufsjubiläum bei der Firma Schank, Malergeschäft in Saarbrücken 3, beging am 8. März der Malergehilfe Peter Kunz in Saarbrücken. Die genannte Firma kann im übrigen in diesem Jahre auf ein 40jähriges Bestehen zurückblicken. — Ebenfalls sein 25jähriges Dienstjubiläum als Buchbinder in der Buchdruckerei von Gebr. Hofer A.-G. in Saarbrücken konnte Herr Hermann Dusbach feiern. Dusbach ist bereits der 21. jener treuen Männer, die länger als 25 Jahre dem Unternehmen angehören.

Aus dem Saarwirtschaftsleben.

Was geht in der Saarwirtschaft vor? Unter dieser Ueberschrift berichteten wir in Nr. 5 des „Saar-Freund". Zu den hierzu gemachten Ausführungen berichtet der „Deutsche Metallarbeiter" für das Saargebiet unter anderm folgendes: „Heute ist die Umstellung perfekt. Der Stummkonzern hat seine ihm 1920 verbliebenen 40 Prozent der Aktienmasse an den Phönix-Wolff-Konzern verkauft. Die französische Gesellschaft aber, die 60 Prozent des Aktienkapitals im Besitz hatte, verkaufte davon zwei Drittel, also auch 40 Prozent des Gesamtkapitals an ein holländisches Konsortium, das anderseits ebenfalls wieder mit Phönix-Wolff in Verbindung steht. Die Franzosen selbst haben also nur mehr 20 Prozent der gesamten Aktien in Händen.

Die Meistbegünstigung saarländischer Erzeugnisse in Italien. Durch einen Erlaß der italienischen Regierung vom 12. Februar wird Waren saarländischen Ursprungs und Herkunft der Vorteil von Waren der meistbegünstigten Nationen eingeräumt. Es handelt sich hier um eine Maßnahme, die erfolgen mußte, nachdem durch Einbeziehung des Saargebiets in das französische Zollgebiet die italienischen Waren bei Einfuhr in das Saargebiet entsprechend dem französisch-italienischen Handelsvertrag Meistbegünstigung genießen.

Von den Saargruben.

Der Streit um die Rücklagen aus der knappschaftlichen Versicherung des Saarbergbaues.

Von M. Karius-Saarbrücken.

Der Saarbrücker Knappschaftsverein (S. K. V.) zählte seit vielen Jahren zu den sogenannten „kranken" Vereinen, d. h. die Belastung der Pensionskasse ging weit über den Durchschnitt der Belastung der ihm etwa gleichzustellenden Knappschaftsvereine hinaus. Die Ursache lag einmal in dem verhältnismäßig hohen Alter des Vereins, durch das ein gewisser Beharrungszustand eingetreten war, der Stabilität des Mitgliederbestandes, der reinen nationalen Zusammensetzung der Belegschaft, die in dem einmal ergriffenen Bergmannsberuf verblieb, der den Reichsdurchschnitt überragenden Rentenpensionsbezugszeit und den im Vergleich zum Lohn verhältnismäßig guten Bezügen. Wenngleich die Löhne der Saarbergarbeiter erheblich hinter den Löhnen der Ruhrbergarbeiter zurückblieben, waren ihre Pensionsbezüge unter Einrechnung aller Leistungen über denen des Allgem. Bochumer Knappschaftsvereins. Durch diese „belastenden" Momente war es erklärlich, daß die Beiträge zur Pensionskasse des S. K. V. immer mehr gesteigert werden mußten. Bei den Beratungen über den Entwurf eines Reichsknappschaftsgesetzes (R. K. G.) wurde festgestellt, daß auf 1000 Mitglieder mehr als das Doppelte an Rentenempfänger kommt, als im Durchschnitt auf alle Knappschaftsvereine Deutschlands.

Durch die Knappschaftsnovelle zum Preuß. Berggesetz, die ab 1. Januar 1908 in Kraft trat und durch die Gründung des Knappschaftlichen Rückversicherungsverbandes (K. R. V. V.) setzte eine Gesundung der Pensionskasse des S. K. V. ein. Während vor dieser Zeit die Rücklagen desselben nur zur Deckung der Auslagen der Pensionskasse für 3 Jahre ausreichten, waren sie bis zum Kriegsausbruch auf das Vierfache gestiegen. Ohne die Kriegsfolgen wäre aus eigener Kraft eine Gesundung erzielt worden.

Durch die Kriegsbelastung stieg die Zahl der Rentenempfänger sehr erheblich. Die Vermehrung der Belegschaft nach Kriegsende von 52 000 auf über 70 000 wirkte sich in den Einnahmen günstig aus, weil der Zugang der Rentenempfänger sich noch aus der alten Belegschaft ergänzte und die Sterblichkeit unter den Invaliden und Witwen durch die Unterernährung vorübergehend sehr groß war.

Nach Einführung der Frankenwährung im Saarbergbau und Umstellung der Pensionskassenleistungen auf den Franken, waren die knappschaftlichen Bezüge in ihrer Kaufkraft dank der inflationistischen Auswirkungen der Mark günstig. Nach Einführung des franz. Franken als alleinige Währung im Saargebiet und Anpassung der Lebenshaltungspreise an die innerfranzösischen stellte sich heraus, daß die Pensionen viel zu gering waren. Gemessen im Verhältnis zum Lohn hatten sie kaum die Hälfte des Vorkriegswertes. Dabei erfolgte nicht bei jeder Lohnerhöhung auch eine Ausgleichung der Pensionen.

Bei den Kämpfen um die Erhöhung der Pensionsleistungen wurde vom franz. Arbeitgeber stets der Einwand der fehlenden Reserven, die Deutschland zahlen soll, erhoben. An dieser Stelle wurde darüber eingehend berichtet, so daß sich ein Eingehen darauf erübrigt.

Die franz. Regierung glaubte den Betrag von etwa 70 Millionen Goldfranken für die Kapitalisierung der am 10. Januar 1920 laufenden Renten und etwa 320 Goldmillionen Fr. für die Ablösung der erdienten Anwartschaften verlangen zu dürfen. Deutscherseits wurde die Berechtigung dieser Forderung bestritten. Eine Einigung oder eine Lösung wurde nicht gefunden. Ueber das Unberechtigte des Verlangen Frankreichs herrscht selbst in maßgebenden nicht deutschen Kreisen fast Uebereinstimmung. Das mag auch der Grund sein, daß Frankreich auf der Einlösung der Forderung selbst in den Poincaristischen Zeiten nicht bestand.

Gegenwärtig wird mindestens eine teilweise Lösung über den Reichsknappschaftsverein versucht. Durch das deutsche Aufwertungsgesetz vom Juli 1926 sollen die Rücklagen des S. K. V., die dieser beim ehemaligen K. R. V. V. eingezahlt hat, aufgewertet werden. Der R. K. V. als Nachfolger des K. R. V. V. soll mit einem Vorschuß, den die Reichsregierung ihm zur Verfügung stellt, durch fortlaufende Zuschüsse an die Rentenempfänger des Saargebiets die aufzuwertende Summe verteilen. Wie aus einer Mitteilung an die Tagespresse hervorgeht, lehne die franz. Bergverwaltung diese Lösung ab. In welcher Weise nach der Ablehnung eine Aufbesserung der Bezüge erfolgen soll, ist noch nicht zu übersehen.

Opfer französischen Raubbaues. Auf der Grube Maybach wurde der 44jährige Bergmann Georg Petry aus Gresaubach an Kopf und Hand durch hereinbrechendes Gestein verletzt. — Auf der Grube Edward (Engelfangen) erlitt der verheiratete Bergmann Johann Himbert aus Landsweiler bei Lebach durch niedergehendes Gestein erhebliche Hüftenquetschungen, die seine Ueberführung in das Krankenhaus erforderlich machten. — Dem auf Grube Velsen als Hauer beschäftigten Bergmann Friedrich Schmidt aus Bous wurden durch herabfallendes Gestein beide Beine schwer gequetscht, so daß er dem Krankenhaus zugeführt werden mußte. — Tödlich verunglückt ist auf dem Anna-Schacht der Bergmann P. Thiel aus Fürstenhausen. Mit ihm verunglückte der Bergmann P. Leidner schwer. Sie fielen beide niedergehendem Gestein zum Opfer. Die Verunglückten sind verheiratet. — Ein schweres Unglück ereignete sich ferner auf Grube Hirschbach, wo ebenfalls durch niedergehendes Gestein fünf Bergleute verunglückten. Einer von ihnen, der Bergmann Peter Wilhelm aus Dudweiler, kam dabei zu Tode. Er stand im 40. Lebensjahre und hinterläßt Frau und vier Kinder. Seine verunglückten Kameraden kamen mit leichteren und schwereren Verletzungen davon. — Der Hauer Ludwig Schey aus Elversberg verunglückte ebenfalls tödlich, indem er vom Hangenden erdrückt wurde. Auch er war verheiratet und hinterläßt Frau und Kind. — Auf der Grube Mittelberbach verunglückte der Hauer August Schulz aus Schmittweiler schwer, so daß er dem Lazarett zugeführt werden mußte; desgleichen der verheiratete Bergmann Karl Eschmann aus Niederberbach,

der in der Grube Dechen zu Schaden kam. — Ein entsetzliches Unglück ereignete sich auf der Grube Dilsburg. Dort geriet der Sohn des Tagesteigers Diversy in der mechanischen Werkstätte in die Transmission. Der bedauernswerte junge Mann wurde buchstäblich in Stücke gerissen. — Auf der Grube Brefeld wurde der Bergmann Wilhelm Schommer aus Quierschied durch niedergehende Gesteinsmassen verschüttet und so schwer verletzt, daß er nach wenigen Stunden verstarb. Der Verunglückte stand im 50. Lebensjahre und hinterläßt eine Frau mit sieben Kindern. — Auf der Grube Frankenholz verunglückte der 20jährige Otto Sandmayer aus Mittelbexbach schwer, desgleichen der 18jährige Arbeiter Alois Müller aus Püttlingen auf Grube „Viktoria".

Ehemalige 70er in Berlin.

§ Der Offiziersverein des 8. rheinischen Infanterie-Regiments Nr. 70, dessen Garnison bis zum Ausbruch des Krieges bekanntlich die Stadt Saarbrücken gewesen ist, hielt am Sonnabend, den 6. März, abends 8 Uhr, im „Kaiserkeller" in Berlin seinen Regimentsabend, verbunden mit Jahresversammlung und einem Zusammensein mit Damen, ab. Der Versammlung voraus ging eine geschäftliche Sitzung, zu der sich ehemalige Angehörige des Offizierkorps des Regiments in stattlicher Zahl eingefunden hatten. Unter den besonders bekannten ehemaligen Offizieren des Regiments befanden sich Generalmajor von Tronchin, Geheimrat und Major d. L. a. D. Fritsche, Generalmajor Rebelung, Generalmajor Campell, Oberstleutnant Sichting, Major Klingholz (bis zum Kriegsausbruch Regimentsadjutant), Major Wartenberger, Major Kluge, Major Vielhaber u. a. Der Vorsitzende des Offiziersvereins, Herr Generalmajor von Tronchin, begrüßte die erschienenen Damen und Herren auf das herzlichste, indem er seiner besonderen Freude darüber Ausdruck gab, daß auch aus dem Saargebiet ehemalige Angehörige des Regiments erschienen seien. Er gedachte sodann der gefallenen Helden des 70er Regiments und der in den beiden letzten Jahren zur großen Armee abberufenen ehemaligen Offiziere, deren Namen er bekanntgab und deren Andenken die Erschienenen durch Erheben von den Plätzen ehrten. Folgende Regimentskameraden sind gestorben: Gen.-Lts. Neff und v. Schmidt; Gen.-Majore v. Estorff, Fischer, von Lohmann, v. Lettow-Vorbeck, Limburger und v. Versen; Obersten v. Roerdauß und Freih. v. Rheinbaben; Oberstleutnant Laue; Majore v. Hagen und Goedel; Oberstabsärzte Dr. Gosebruch und Dr. Hoepner; Hauptleute Becker, v. Mettler und Riesch; Hauptm. d. Res. Woltmann; Stabsarzt d. L. Dr. Boettcher; Oberleutnants Hahn, Leben und v. Rheinbaben; Leutnant Thierig; Leutnants d. Res. Liedenstruth, Sandfuchs; Fähnrich Gutruf. Wir werden der alten lieben Kameraden stets in Treue gedenken. Sodann teilte er mit, daß schon seit langer Zeit die Absicht bestehe, den im Weltkriege gefallenen Angehörigen des 8. rheinischen Infanterie-Regiments Nr. 70 ein künstlerisch ausgeführtes Denkmal zu errichten, für welches, darüber seien sich alle, die sich mit dieser Frage bisher befaßt hätten, im klaren, nur die Stadt Saarbrücken in Frage kommen kann. Mit der Stadtverwaltung sei bereits Fühlung genommen und dieselbe habe sich schon bereit erklärt, einen geeigneten Platz für das Denkmal gern zur Verfügung stellen zu wollen. Besonders erfreulich sei es, daß die seit einiger Zeit in Saarbrücken bestehende Ortsgruppe des Offiziersvereins des 70. Regiments Hand in Hand mit dem Verein ehemaliger 70er sich mit der Denkmalsfrage auch schon seit langer Zeit beschäftigt, so daß die Errichtung des Denkmals heute schon als gesichert bezeichnet werden kann. Sodann gedachte der Redner des früheren Regimentschefs und Ehrenvorsitzenden des Offiziersvereins der 70er, des Großherzogs Friedrich-August von Oldenburg, dem die Versammlung in treuem Gedenken und in unentwegter Verehrung herzliche Grüße telegraphisch entbot. Oberstleutnant von Sichting brachte in humorvollen Worten der alten schönen Leutnantszeit im 70er Regiment und manches lieben und hochverehrten Vorgesetzten gedenkend das Damenhoch aus, während der aus Dessau erschienene Hauptmann Walter, der Chef der Traditionskompagnie des 70. Regiments im heutigen Infanterie-Regiment Nr. 12, die Grüße der Traditionskompagnie überbrachte und die Versicherung abgab, daß, solange er an der Spitze dieser Traditionskompagnie stehe, es für seine Ehrenpflicht halte, die Angehörigen der Kompagnie über die ehrenvolle Geschichte des Regiments zu unterrichten und zu dem Offiziersverein und zu allen 70er Vereinigungen die besten Beziehungen aufrechtzuerhalten. Namens des Vereins ehemaliger 70er in Saarbrücken entbot der zu der Offiziersversammlung eingeladene und mit seiner Gattin erschienene Kamerad Felzen, der Vorsitzende des Vereins ehemaliger 70er in Saarbrücken, in kernigen Worten die Grüße aller ehemaligen 70er in der Garnisonstadt Saarbrücken mit der Versicherung, daß, solange das Herz jedes braven 70ers schlage, dem alten stolzen Regiment die Treue gehalten würde. Verwaltungsdirektor Vogel, ehemaliger Angehöriger des Regiments und Mitglied des Offiziersvereins der 70er, dankte Herrn Felzen für die Treue, die er dem alten Regiment in so vorbildlicher Weise gehalten habe, sowie für all das, was er durch die Errichtung des Denkmals für die 1870/71 Gefallenen des 70. Regiments vor dem Eingang zum Saarbrücker Ehrental getan habe. Er schilderte dann in tiefergreifender Weise den Heldenkampf des treudeutschen Saarvolkes um die Deutscherhaltung des Saargebiets, indem er in aller Kürze auf die schweren und ungeheuerlichen Bestimmungen des Friedensdiktats von Versailles hinwies und die Not und das Leid, das die Saarbevölkerung seit fast 7 Jahren zu tragen habe, beschrieb. Worte höchster Anerkennung und aufrichtigen Dankes widmete er dem treudeutschen Saarvolk für seine vorbildliche Haltung in seinem schweren Kampfe, indem er an die verschiedenen erhebenden Kundgebungen und das Treuegelöbnis und das unentwegte Aushalten und Ausharren des treudeutschen Saarvolkes erinnerte. Er geißelte den Lug und Trug Clemenceaus mit der sogenannten „Saarlüge" und betonte, daß sowohl die wiederholten Wahlen zum Landesrat als auch die Jahrtausendfeier der Rheinlande und die letzte Sitzung des Landesrats, in welcher, wie man in Saarbrücken sagt, von Röchling bis Reinhard einstimmig die restlose Wiedervereinigung des Saargebiets mit dem Mutterlande Preußen-Deutschland gefordert wurde, eine glänzende Widerlegung der Lüge von den 150 000 Saarfranzosen sei. Mit der Versicherung, daß das Saarvolk den Kampf, möge er so lange dauern wie er wolle, und sei's trüber Tag, sei's heitrer Sonnenschein, durchführen werde bis zur endgültigen Wiedervereinigung mit dem Mutterlande, schloß er mit den Worten: Deutsch die Saar immerdar. Im Laufe des Abends wurde folgendes Begrüßungstelegramm nach Saarbrücken gesandt: „Die Jahresversammlung des Siebziger-Offiziersvereins erwidert die durch Kamerad Felzen überbrachten Grüße herzlichst. Allen alten Siebzigern und dem treudeutschen Saarvolk in treuem Gedenken herzliches Glückauf. Generalmajor von Tronchin, Verwaltungsdirektor Vogel." Herr Generalmajor Campell dankte den beiden Vorrednern für die treudeutschen Worte mit einem begeistert aufgenommenen „Hoch". Diese allgemein mit großer Begeisterung aufgenommenen Reden wurden gehalten während eines einfachen Abendessens, an dem alle Erschienenen teilnahmen. Es schloß sich dann eine gemütliche Unterhaltung mit Tanz an, so daß die Teilnehmer noch recht lange Stunden in bester Stimmung vereint blieben.

Vom „Bund der Saar-Vereine" und den angeschlossenen Vereinigungen.

Ortsgruppe Leipzig. Der Vorsitzende der Ortsgruppe Leipzig des Bundes der Saar-Vereine, Ingenieur Sester feiert am 30. März seine silberne Hochzeit. Diese Tatsache gibt uns Veranlassung, Herrn Sester und seiner Gemahlin nicht nur unsere herzlichsten Glückwünsche zum Ausdruck zu bringen, sondern festzustellen, daß der Bund der Saar-Vereine in Herrn Sester einen Ortsgruppenvorsitzenden besitzt, der allen ein Vorbild hingebungsvoller Mitarbeit an unseren Bundesaufgaben ist. Unermüdlich stellt er sich in den Dienst unserer Bundesarbeit, unerschöpflich ist er in neuen Anregungen, um den Kampf für die Deutscherhaltung des Saargebietes den deutschen Volksgenossen immer wieder aufs neue nahe zu bringen. Unter seiner Leitung ist die Ortsgruppe Leipzig des Bundes der Saar-Vereine in Leipzig der Mittelpunkt aller Kundgebungen für das besetzte, für das Grenzlandgebiet geworden. Ein geistreicher Organisator, ein treuer Deutscher, ein dankbares Kind der deutschen Saarheimat, stellt er sich, ungeachtet von Kosten und Arbeit an die Spitze der Bestrebungen, die gegen das Unrecht von Versailles, gegen die Vergewaltigung des Deutschtums, gegen die Knechtung des deutschen Saargebiets gerichtet sind. Wir wissen es sehr wohl, daß er sich zu solcher Betätigung, die ihm Herzenspflicht, Vaterlandsdienst ist, manchmal zuviel zumutet und daß er sich dadurch manchmal leise Mahnungen seiner treusorgenden Gattin zugezogen hat. Und trotzdem ist sie stolz auf ihren Mann, mit dem sie 25 Jahre in treuer deutscher Ehe gleichen Weg gegangen ist, wie wir voller Stolz und Dankbarkeit auf ihn blicken. Er gab uns ein leuchtendes Vorbild für unsere Arbeit. Das danken wir ihm und werden es ihm stets gedenken. Darum von unserer Seite: ein herzliches „Glück auf" auf den Weg zur goldenen Hochzeit!

In Blankenburg i. H. ist ein alter treuer, ein Menschenalter in Saarbrücken tätig gewesener, allgemein in hohem Ansehen stehender „Eisenbahner", der Eisenbahnamtmann i. R., Herr Rechnungsrat Georg Rommlitz, nach kurz vollendetem

71. Lebensjahre gestorben. Herr Rechnungsrat Rommlitz war lange Jahre Vorsitzender des Beamtenklubs in Saarbrücken. Bei der Eisenbahnbehörde, sowohl bei seinen Vorgesetzten, als auch bei seinen Kollegen und Untergebenen, war er wohl gelitten und beliebt. Ein hervorragend tüchtiger Verwaltungsbeamter, ein aufrechter kerndeutscher Mann ist mit ihm dahingegangen, der die Besetzung und Abtrennung des deutschen Saargebiets durch die Franzosen zu seinem größten Schmerze und Leid mit erleben mußte und dem das Unglück seines Vaterlandes, wie vielen anderen deutschen Männern, das Herz gebrochen hat. In aufrichtiger Liebe und Verehrung hat er seinem Vaterlande die Treue gehalten und ist bis zu seinem Tode von dem einen Wunsch beseelt gewesen, die Befreiung des deutschen Saargebietes und den Aufstieg des deutschen Vaterlandes wieder mit erleben zu können.

§ **In Blankenburg i. Harz** veranstalteten die vaterländischen Verbände am Montag, den 22. Februar, im Saale des „Blankenburger Hofes" einen Vortragsabend. Das Thema lautete „Das Saargebiet unter dem Völkerbund". Das Blankenburger Kreisblatt berichtet darüber folgendes: „Der Vortragende, Herr Verwaltungsdirektor Vogel-Berlin, ein aus seiner Heimat ausgewiesener Saarländer, hätte nicht selbst mit allen Fasern an seiner schönen Heimat hängen und mit ihrer Geschichte und ihren Nöten vertraut sein müssen, um einer, da er auch die Geschichte des Saarlandes in den Jahren seit Kriegsausbruch, namentlich aber seit Kriegsende selbst mit erlebt hatte, der beredtesten Schilderer der Vorgänge in dem vom Mutterlande getrennten und auf 15 Jahre in den Bann des französischen Joches geschlagenen Saargebietes zu sein. Seine Schilderung bot ein erschöpfendes politisches, wirtschaftliches und kulturgeschichtliches Bild der Vorgänge dieser Jahre, die das alte deutsche Gebiet von Deutschland trennten, und war eine Geschichte der seit Ludwig XIV in stetem Vordrängen nach dem Besitz des reichen, mit Bodenschätzen gesegneten Landes sich noch bis heute betätigenden französischen Ländergier. Besonders scharf unterstrichen wurde, wie durch die Saarlüge, der französischen Behauptung, 150 000 von 750 000 Saarländern sei der Anschluß des Saarlandes an Frankreich erwünscht, Wilson und Lloyd George getäuscht und Frankreichs Begehren auf das Saarland in den Versailler Vertrag gekommen sei. Jene 150 000 Namen sind dadurch in die von Poincaré vorgelegten Listen gekommen, daß die französische Regierung diese Namen aus dem lothringischen Gebiet am Oberlauf der Saar betrügerischerweise, als aus dem Saargebiete stammend, sammelte. Redner schilderte die unwandelbare Treue, in der das Saarland sowohl auf preußischer, als auch bayerischer Seite sich durch alle Fährlichkeiten dieser Jahre hindurch sein Deutschtum bewahrt habe und auch ferner wahren würde. Einen breiten Raum in seinem Vortrag fanden die Zusammensetzung und die Tätigkeit der Saar-Regierungs-Kommission und vor allem die unliebsamen Erfahrungen, die die Saarländer mit dem Völkerbund gemacht, trotz Locarno. Der einmütige Wille der Gesamtheit des Saarlandes sei und bleibe: Die bedingungslose Rückkehr innerhalb der alten Grenzen zum Deutschen Reiche. — Im zweiten Teile des Vortrages wurde von dem Vortragenden in einer Reihe von Lichtbildern die landschaftlichen Schönheiten des Saarlandes, das teilweise in vier Perioden bereits in den Jahrhunderten 62 Jahre in französischem Besitz gewesen sei und in welchem noch die Ruinen der Burgen und Schlösser der nassauischen Fürsten, die in Merzig und Saarbrücken ihren Sitz hatten, von den Taten französischer Mordbrenner zeugen. Aber auch die Schlachtfelder von Forbach und Spichern wurden gezeigt und das Ehrental bei Saarbrücken mit dem Denkmal des 70. Infanterie-Regiments für seine 1870-71 gefallenen Angehörigen, desselben Regiments, das in Blankenburg i. H. 1919 aufgelöst wurde und dem viele unserer Mitbürger im Weltkriege angehört hatten. Durch reichen Beifall wurde dem Vortragenden der Dank bezeugt.

§ **Die Landesgruppe Bayern in München,** Mitglied des Bundes der Saarvereine, hat gelegentlich einer geschäftlichen Sitzung durch ihren Vorsitzenden, Herrn Kunstmaler Johannes, dem Leiter der Geschäftsstelle „Saar-Verein", Herrn Verwaltungsdirektor Vogel, einen Münchener Maßkrug mit dem Abzeichen des Hofbräuhauses überreichen lassen mit der Widmung „Die Landesgruppe Bayern des Bundes der Saarvereine dem unermüdlichen und erfolgreichen Verfechter der Saarsache Verwaltungsdirektor Vogel". Herr Kunstmaler Johannes überreichte diesen Maßkrug Herrn Verwaltungsdirektor Vogel mit herzlichen Worten des Dankes und der Anerkennung für all das, was er nunmehr fast 7 Jahre im Interesse der Saarsache geschaffen habe, besonders aber für das warme Interesse, welches er seitens des Bundes der Saarvereine und der Geschäftsstelle „Saar-Verein" stets allen bayerischen und pfälzischen Fragen des Saargebiets entgegengebracht habe. Gerade die stetige und richtige Berücksichtigung der bayerischen und pfälzischen Belange durch den Bund der Saarvereine und die Geschäftsstelle „Saar-Verein" sei ein besonderes Verdienst des Saarvereins.

□ **Der „Saarverein", Ortsgruppe Stettin e. V.,** hielt am 24. Februar d. J., abends 8½ Uhr, im Vereinslokal „Schillerloge" zu Stettin im Beisein von 14 Mitgliedern seine 1. Jahres-Hauptversammlung ab. Der vom Vorsitzenden, Oberregierungsrat Dr. Stegner, verfaßte Jahresbericht ließ eine erfreuliche Entwicklung des Vereins erkennen. Nach Erstattung des Kassenberichtes durch Zivilingenieur Ehrhardt wurde — vorbehaltlich einer Nachprüfung der Kasse durch den Oberzahlmeister a. D. Schmidt als Kassenrevisor — dem Vorstande Entlastung erteilt. Nachdem der Vorsitzende den übrigen Vorstandsmitgliedern für ihr reges Interesse an der Vereinssache gedankt und Zivilingenieur Ehrhardt auf den Vorsitzenden ein dreifaches „Glück auf!" ausgebracht hatte, wurden auf Vorschlag von Kapitän Feldmann durch Zuruf die bisherigen Vorstandsmitglieder wiedergewählt bis auf den beruflich an seiner Tätigkeit verhinderten früheren Schriftführer Kaufmann Herrmann, dessen Amt zufolge einstimmiger Wahl von Oberzahlmeister a. D. Schmidt übernommen wurde. Unter Punkt „Verschiedenes" kam zur Sprache, daß inzwischen die Straße Nr. 6 in Stettin-Braunsfelde von der Stadtverwaltung Stettin „Saarland-Straße" benannt worden ist; nach eingehender Erörterung wurde beschlossen, wegen einer etwaigen Umbenennung der neuen Straße bei dem Magistrat der Stadt Stettin vereinsseitig keinerlei Schritte zu unternehmen, sondern gegebenenfalls in dieser Beziehung der Geschäftsstelle zu Berlin das weitere zu überlassen. Zwecks erhöhter Werbetätigkeit wird die Ortsgruppe mit dem Leiter des Stettiner Rundfunks Verhandlungen aufnehmen, die die weitere Aufklärung der pommerschen Bevölkerung durch einen Vortrag über das Saargebiet in der Funkstunde zum Ziele haben. Der bisherige Geselligkeitsausschuß wurde aufgelöst; zum Fest- oder Veranstaltungsleiter wurde Dr. Tschuncky bestimmt mit dem Rechte, sich unter den Vereinsmitgliedern die zu dem jeweiligen Feste geeigneten, freiwilligen Hilfskräfte auszusuchen. Der Verein hält seine Monatsversammlung am 2. Freitag jeden Monats im Vereinslokale „Schillerloge", Schillerstraße, und einen Abendschoppen am 1. Samstag des Monats im „Franziskaner" ab. Eine Verschiebung beider Veranstaltungen erfolgt fortab nicht mehr. Ist ein 1. Vorstandsmitglied an den genannten Tagen am Erscheinen verhindert, so springt der jeweils als Vertreter gewählte Beisitzer ein. Die Jahres-Hauptversammlung wird künftig tunlichst auf den Tag der Gründung der Ortsgruppe, also auf den 22. Februar jeden Jahres anberaumt werden.

Im Gewerkschaftsbund der Angestellten, Ortsgruppe Lichtenberg, und zwar im Vereinshaus „Schwarzer Adler", hielt Herr Verwaltungsdirektor Vogel am Dienstag, den 2. März 1926, abends 8 Uhr einen fast 1½stündigen Vortrag über „Das Saargebiet und seine Industrie". Einleitend kam er kurz auf die wissentlich falsche Beschuldigung Deutschlands, auf die sogenannte „Kriegslüge" zu sprechen, zu der noch eine solche falsche Behauptung, eine Art Nachkriegslüge, gekommen sei, die der Franzose Clemenceau aufgebracht habe, um das treudeutsche Saargebiet zu verschachern und Deutschland zu rauben: Die Saarlüge. Er schilderte den unerhörten Lug und Trug und die niederträchtige Fälschung, mittels deren Clemenceau den Umfall Clemenceaus und Lloyd Georges herbeigeführt hätte, indem er auf Entstehung der bekannten Adresse der 150 000 Saarfranzosen einging und den klipp und klaren Beweis dafür lieferte, daß es sich hier um den größten Schwindel handele, den die Welt je gesehen habe. Sodann schilderte er die heutigen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse im Saargebiet, indem er zunächst darauf hinwies, daß man aus dem Saarland ein Mandatsgebiet des Völkerbundes gemacht habe und der treudeutschen hochkultivierten Saarbevölkerung eine Regierungsform gegeben habe, wie man sie für Kolonialländer und unzivilisierte Völker nicht einmal anzuwenden pflege. „In Autokratie und Despotismus werden", wie im englischen Unterhause Redner aller Parteien festgestellt hätten „die Saarländer in einer Weise regiert, die den Völkerbund der Verachtung und dem Spotte aussetzt". Was das für ein so schönes Land wie das Saargebiet zu bedeuten habe, müsse jeder begreifen, der dieses wunderschöne Land, diesen herrlichen Gottesgarten mit bewaldeten Höhen, malerischen Tälern und Schluchten, fruchtbaren Ebenen, durchzogen von murmelnden Flüssen und Bächen, ein Kleinod landschaftlicher Reize kennt. Wie die Natur dieses herrliche Land mit Schönheit und Reichtum ausgezeichnet habe, so werde es bewohnt von einer rein unvermischten Bevölkerung, die stolz und treu die Heimat liebe und sehnsüchtig und hoffnungsfroh des Tages harre, der wieder wolkenlos die Sonne über ein freies deutsches Land an der Saar leuchten läßt. So treudeutsch die Bevölkerung sei, so kerndeutsch sei der Wirtschaftsaufbau. Hier sehe man nur wirtschaftliche Zusammenhänge mit dem großen deutschen Wirtschaftsleben. Bergbau und Eisenhütten-Industrie hätten hier nur unter deutschem Einflusse und nur unter deutschem Geiste eine riesige Entwicklung genommen und sich zu herrschender Macht emporgeschwungen. Im Jahre 1919 sei das Saargebiet, eine Fläche von 1926 qkm, von 676 000 Menschen bewohnt ge-

wesen, so daß auf je 1 qkm 351 Einwohner gekommen seien, gegenüber einer Durchschnittsdichte von 127 im Deutschen Reiche. 1926 habe diese Zahl 763 000 betragen. Auf 1 qkm kämen also jetzt 396 Menschen. Von den 244 000 Erwerbstätigen gehörten 42 000 der Land- und Forstwirtschaft an, 136 000 seien im Bergbau und in der Eisenindustrie und 23 000 im Handel und Verkehr tätig. Die Grundlage des Wirtschaftslebens im Saargebiet sei die Kohle, deren Vorrat nach Tiefbohrungen bis 2000 m Tiefe auf rund 18 Milliarden Tonnen geschätzt werden kann. Redner ging dann auf die Förderungs- und Absatzverhältnisse der Steinkohlengruben näher ein um nachzuweisen, daß der Kohlenabsatz vor dem Kriege sich verteilt habe mit 8 Proz. nach Frankreich, mit 12,7 Proz. nach Elsaß-Lothringen, mit 25 Proz. nach Süddeutschland und mit 9 Proz. nach dem Auslande (einschl. Schweiz). Der Absatz von Saarkohle nach Deutschland sei durch die Franzosen naturgemäß erschwert worden. Der Franzose treibe Raubbau übelster Art im Saargebiet, und wenn es ihm in den ersten Jahren gelungen sei gewisse Ueberschüsse zu erzielen, so sei das zunächst zurückzuführen auf den braven und tüchtigen Bergbeamten- und Bergarbeiterstamm im Saargebiet, dann aber auch darauf, daß die französische Regierung ihr Versprechen, die Löhne der Bergarbeiter den Teuerungsverhältnissen anzupassen, bisher nicht gehalten habe. Die französische Sozialpolitik sei sehr rückständig, die Leistungen der saarländischen Sozialversicherungen blieben bis zu 80 Proz. hinter den deutschen zurück und auch das Arbeitsrecht entspreche keineswegs den Anforderungen der Neuzeit. All das sei aber umso seltsamer, als das Saargebiet dem Völkerbund unterstehe, der doch den Ausbau der Sozialversicherung und des Arbeiterrechts vertrete. Die Mißwirtschaft in der französischen Grubenverwaltung habe der französische Abgeordnete Uhry eingehend und wiederholt beleuchtet. Denn nur durch sie sei es möglich, so schlechte finanzielle Ergebnisse im Saargebiet zu erzielen, wie es bei den Franzosen der Fall sei. Dabei müsse man noch berücksichtigen die steuerlichen Vergünstigungen durch die nur unter französischem Einfluß stehenden Saarregierungskommission, welche die Grubenverwaltung in jeder Beziehung unterstütze, ihr Steuerzahlungen stunde, den deutschen Betrieben aber den Kohlebezug außerordentlich erschwere. Redner schilderte dann in eingehender Weise die wirtschaftliche Bedeutung des Saargebiets, indem er zunächst auf den Steinkohlenbergbau zu sprechen kam und ein anschauliches Bild der ehemalig fiskalisch preußischen und fiskalisch bayerischen Mustergrubenanlagen des Saargebiets gab. Auf die Steinkohlenverhältnisse, auf den Abbau und die Gewinnung der Kohle, auf die Arbeitsleistung der Bergarbeiter ging Redner näher ein, um dann ganz besonders die planmäßige Siedlungspolitik der Preußischen Bergverwaltung zu schildern und die hervorragende Wohlfahrtseinrichtungen und die weitgehende Sozialpolitik der Saarbrücker Bergverwaltung vor dem Kriege besonders hervorzuheben. Auch auf die Sicherheitsmaßregeln beim Grubenbetriebe kam Redner zu sprechen, wie er denn überhaupt ein sehr anschauliches Bild von der ganzen Einrichtung und dem Aufbau eines Steinkohlenbergwerks gab. In derselben Weise schilderte er die Eisenhüttenwerke und die Maschinenbau-Industrie, die Glas-Industrie, Tonwaren-Industrie, die Oel-Industrie, die Sprengstoff-Industrie usw. Im zweiten Teil seines Vortrages erläuterte Redner die wichtigsten Bestimmungen des Versailler Diktats, betreffend das Saargebiet und die Zusammensetzung der Saarregierungskommission und die raffinierten Bestimmungen bezüglich der Volksabstimmung im Jahre 1935 und des Rückkaufrechts der Steinkohlenbergwerke durch das Deutsche Reich bzw. Preußen. Auf die politischen, wirtschaftlichen sowie kulturellen heutigen Verhältnisse des Saargebiets ging er ebenfalls näher ein, um darzutun, wie planmäßig alle Fäden in jeder Beziehung mit dem deutschen Mutterlande gelöst worden seien. Er kam dann auf die Verstöße der Saarregierungskommission gegen die Bestimmungen des Versailler Diktats und betonte, daß die Schandtaten des Völkerbundregimes im einzelnen anzuführen, selbst wenn es nur mit Stichworten geschehen würde, hunderte von Seiten füllen würde. Die Aufgabe des Völkerbundsregimes sei stets gewesen, das Saarvolk zur Annexion durch Frankreich reif zu machen, die 15 Jahre bis zum Tage der Abstimmung für Frankreich arbeiten zu lassen. Er erinnerte an die vielen Denkschriften und das wiederholte persönliche Vorstelligwerden der Landesratsfraktionen der deutsch-saarländischen Volkspartei, der Zentrumspartei, der sozialdemokratischen Partei, welche die Mißbräuche und die Mißstände in der Verwaltung des Saargebiets beweiskräftig zusammengestellt und auf das schärfste dagegen protestiert hätten. Zum Schlusse schilderte er die treudeutsche Haltung des Saarvolkes in den vergangenen 7 Jahren, die sich vergleichen lasse mit der unentwegten Haltung der Vorväter in den Jahren 1793—1815, die ebenfalls nicht geruht und gerastet hätten, bis das Saargebiet wieder mit Deutschland vereint gewesen wäre. Die Haltung des Saarvolkes in allen wichtigen Epochen der letzten 7 Jahre sei so, daß heute schon feststehe, daß die Abstimmung nicht anders ausfallen könne, als der Wahlspruch jedes einzelnen Saarländers sei: Deutsch die Saar immerdar!

§ **Vorträge an Universitäten.** Auch die Universität Wien hat in außerordentlich anerkennenswerter Weise der Anregung der Geschäftsstelle „Saarverein", vor den Studierenden Vorträge über das Saargebiet halten zu lassen, entsprochen, und zwar hat am 20. Februar 1926 Herr Professor Dr. Albert Verdroß von der Rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität in Wien den Saargebietsvortrag unter dem Titel „Völkerbund und internationale Verwaltung, insbesondere das Saargebie", gehalten. Herr Professor Verdroß hat uns liebenswürdigerweise über seinen Vortrag folgenden kurzen Auszug zugesandt: „Der Vortragende bemerkt einleitend, daß nach geltendem Völkerrecht grundsätzlich keine Verwaltung der Staatsgemeinschaft, sondern nur eine Selbstverwaltung der einzelnen Staaten besteht. Er vergleicht diese mit dem „selbständigen", „eigenen" Wirkungskreise, der in Bundesstaaten den Gliedstaaten zukommt. Ausnahmsweise aber bestehen schon Ansätze zu einer internationalen Verwaltung, und zwar in zwei Formen: 1. Die Verwaltung besorgt ein bestimmter Staat im Auftrage und unter der Kontrolle der Staatengemeinschaft. Beispiel: Die Mandate des Völkerbundes. 2. Die Verwaltung wird unmittelbar durch internationale Organe besorgt. Beispiel: Das Saargebiet. 1. Vergleicht der Vortragende mit dem „übertragenen" Wirkungskreis der Gliedstaaten, 2. mit der unmittelbaren Verwaltung des Bundes (Reiches). Der Vortragende schildert ferner die Geschichte des Saargebietes, die Bestrebungen Frankreichs auf der Friedenskonferenz, erläutert die Art des Friedensvertrages über das Saargebiet. Weiter bespricht der Vortragende die bisherige Verwaltung des Saargebietes, die Uebergriffe der Regierungskommission, die Petitionen der Bevölkerung, die Vorbereitung der Volksabstimmung. Er schließt mit dem Hinweis auf den bevorstehenden Eintritt des Deutschen Reiches in den Völkerbund, wodurch das Deutsche Reich zum Mitverwalter des Saargebietes wird und die Sicherheit für eine objektive Volksabstimmung geschaffen wird."

Das Photographieren und Heimat- und Volkskultur.

Der Photo-Apparat ist ein entscheidendes Kulturmittel in der Wiederaufrichtung von Volkstum und Volkswert.

Schier unerschöpflich sind die tiefen Brunnen deutschen Gemütes, deutschen Geistes und deutscher Gestaltung, aus denen geschöpft werden kann, dadurch, daß in und mit dem Photographieren, das zur Volksangelegenheit erhoben werden soll — Heimat und Land in ihrer Schönheit und tiefgründigen Eigenart als lebendiges Erinnerungsbild auch für nachkommende Geschlechter festgehalten werden sollen.

Das deutsche Land, die deutsche Handwerkskunst, die deutschen Sitten und Gebräuche, die Trachten, Vereins- und Volksfeste, das Leben im Freien, im Sport- und Wanderklub, am Stamm- und Familientisch:

All diese Dinge und Menschen sollen durch eine Volkskunst für alle — das Photographieren — in lebendiger Erinnerung im Familien- Vereins- und Gemeindealbum festgehalten sein.

Da ist nun in aller Stille ein Volksunternehmen in Erscheinung getreten, das es ermöglicht, daß das Photographieren tatsächlich neben dem Buchlesen als eminent praktisches Kulturmittel hervortritt und es zur spontanen Volkssache durchentwickelt.

Es ist die Deutsche Foto-Gesellschaft m. b. H., Berlin O. 27, Alexanderstraße 26. Ein Anlernungsapparat mit Zubehör, im Preise von 5 Mark, der von über 10 000 deutschen Beziehern begrüßt und mit begeistertem Beifall gewertet wurde, bedeutet die praktische Grundlegung und Erhebung des Photographierens zur Volkskunst.

Das Frühjahr steht vor der Tür. Da lebe — wie überall — praktische deutsche Tat!

In keinem Rucksack, in keinem Koffer darf künftighin der Photo-Apparat fehlen.

Der Jugend im deutschen- In-, Grenz-, und Ausland sei der Anlernungsapparat in die Hand gegeben. Er reicht für ein Menschenleben. Wer mehr will, der erhält die bekannten Photo-Apparate mit allem Zubehör, wie sie in allen einschlägigen Läden zu haben sind, zu bedeutend ermäßigten Preisen.

Jeder Deutsche nehme ungesäumt Verbindung auf mit der Deutschen Foto-Gesellschaft m. b. H., Berlin O. 27, Alexanderstraße 26, die Kataloge, Einweisungs- und Werbematerial sofort jedem Bildungs- und Werksucher übermittelt, damit er aufzimmere — in und mit der deutschen Volksgemeinschaft — sein Leben und sein Schaffen.

Dieses Stück Deutschen Landes

zeigt

in prachtvoller künstlerischer Aufmachung das mit großem Beifall aufgenommene Werk

„Das schöne Land an der Saar"

von H. KEUTH, Kunstmaler.

PREIS gebunden 9,50 Mark
broschiert 6,50 Mark

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen oder direkt vom Verlag

Saarbrücker Druckerei u. Verlag A.G.

Rathausplatz 5 Saarbrücken Fürstenstr. 5-7.

Die im vierten Jahrgang erscheinende illustrierte Monatszeitschrift

Elsaß-Lothringen Heimatstimmen

herausgegeben im Auftrage der Alt-Elsaß-Lothringer im Reich von

Dr. Rob Ernst,

unterrichtet sachkundig über Elsaß-Lothringens Geschichte, Politik, Literatur und Wirtschaft.

Probeheft jederzeit unberechnet von der Vertriebsstelle.

★

Postbezug vierteljährlich . . . . . 1,80 M.
(durch die zuständige Postanstalt)
Streifbandbezug vierteljährlich . . . . 2,10 M.
Auslandsbezug halbjährlich . . . . . 5,00 M.
(Bestellungen für Streifband- und Auslandsbezug an die Vertriebsstelle.)

Schriftleitung, Vertriebsstelle, Anzeigen-Annahme: Berlin W. 30, Postschließfach Nr. 5.

Neu erschienen!

„Deutsch die Saar immerdar"

Was jeder Deutsche vom Saargebiet und vom „Bund der Saar-Vereine" wissen muß

Unter diesem Motto hat der Leiter der Geschäftsstelle „Saar-Verein", Verwaltungsdirektor **Th. Vogel-Berlin**, ein Merkblatt mit zahlreichen prächtigen Kupfertiefdruckbildern und einer Karte des Saargebietes herausgegeben. Diese Druckschrift kann den Lesern des „Saar-Freund" nur aufs wärmste empfohlen werden.

Preis RM. 1,—.

Zu beziehen durch die

Geschäftsstelle „Saar-Verein" Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 94 II.

Erscheint zunächst monatlich zweimal, am 1. und 15. mit der vierseitigen illustrierten Monatsbeilage „Saar-Heimatbilder". Bestellungen nur durch die zuständigen Postanstalten (Postzeitungspreisliste S 266) erbeten. In Sonderfällen erfolgt Zusendung durch die Geschäftsstelle Saar-Verein, Berlin SW. 11, Königgrätzer Straße 94, Fernsprech-Anschluß: Amt Hasenheide 3243. — Bezugspreis monatlich: 50 Goldpfennig. — Alle Zahlungen auf Postscheckkonto Berlin NW. 7, Nr. 665 36 oder auf Deutsche Bank, Depositenkasse O, Berlin SW. 47, Belle-Alliance-Platz 15, in beiden Fällen für Konto „Geschäftsstelle Saar-Verein" mit dem Vermerk „Saar-Freund" erbeten. — Für die Schriftleitung verantwortlich: Kurt Meurer, Berlin.
Verlag: Geschäftsstelle „Saar-Verein", Berlin SW 11, Königgrätzer Straße 94; Druck: Deutscher Schriftenverlag, Berlin SW 11.